

Die "Arbeit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin...

Die achtspaltige Komposition über dem Namen kostet 5.- M. einschließlich... Die Besondere Ausgabe kostet 1.50 M....

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um was geht es am 20. Februar?

Wähler und Wählerinnen!

Habt Ihr Euch diese Frage gründlich überlegt? Habt Ihr gewissenhaft geprüft, was Euch erwartet, wenn Ihr am 20. Februar von dem Stimmzettel nicht den richtigen Gebrauch macht?

Wie immer, so umschmeicheln Euch auch jetzt alle bürgerlichen Parteien, die die Not der arbeitenden Massen sonst weder kennen noch berücksichtigen. Sie wollen damit die Aufmerksamkeit von ihren wirklichen Absichten ablenken.

Aber sie haben dabei ihre Karten zu früh aufgedeckt. Ihnen ist das Schicksal der großen Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten völlig gleichgültig. Sie erstreben

Vorteile nur für die besitzenden Schichten.

Ihre Macht und ihre Herrschaft wollen sie befestigen. Die unerträglichen und die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung schwer schädigenden wirtschaftlichen Bedingungen der Entente sind ihnen gleichgültig, wenn sie die Entwertung ihrer Einwohnerwehren und Organisationsverbände verhindern können.

Einwohnerwehren und Orgesch wollen sie aufrechterhalten. Denn in der Absicht, die Ausbeutung der Massen nach jeder Richtung hin zu steigern, erstreben sie dafür bewaffneten Schutz und die Hilfe dieser Organisationen für den

von ihnen herausbeschworenen Bürgerkrieg

Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Abbau der Preise, Milderung der Leuzerung haben sie den Wählern bei den Reichstagswahlen versprochen. Aber das Gegenteil haben sie getan. Trotz der rein bürgerlichen Regierung oder gerade wegen ihr ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten und des Reiches heute unendlich trostloser, als sie es noch vor einigen Monaten war.

Aber noch weit schlimmere Absichten bereiten die bürgerlichen Parteien vor.

Während die Arbeiterklasse im Elend unterzugehen droht, Millionen Menschen arbeitslos sind, andere Millionen mit verkürzter Arbeitszeit aus verkürzter Lohn erhalten, während die Frauen unter den Lasten des Haushalts und der Sorgen um die Ernährung der Familie zu erliegen drohen, während Kinder hungern, Krankheiten und Sterblichkeit in ungeahntem Umfang steigen, verprassen die besitzenden Schichten die Krise nprafite, die ihnen durch die Arbeit der darbenenden Massen zugeflossen sind. Industrie, Handel und Landwirtschaft ist es nie so gut gegangen wie während des Jahres 1920.

Trotzdem drohen auf allen Gebieten wesentliche Erhöhungen der Preise.

Nach den Wahlen soll die Erhöhung der Kohlenpreise durchgeführt werden. Auch das "Berliner Tageblatt" schrieb am 5. Februar: "Die Kohlenpreise, die lange Zeit hindurch gerade unter Hinweis auf den Preisabbau am Weltmarkt gewaltsam durch das Beten der Regierung am Steigen verhindert waren, scheinen jetzt doch über kurz oder lang für eine Erhöhung reif zu werden." Fracht- und Personentaxen werden heraufgesetzt. Erhöhungen der indirekten Steuern sollen hinzutreten und so eine neue Welle gewaltiger Preiserrhöhung aller Industrieerzeugnisse einleiten,

obwohl auf dem Weltmarkt die Preise sinken.

Aber auch für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind gewaltige Preiserrhöhungen geplant. Die Agrarier wollen die Weltmarktpreise auch für das Inlandsgetreide. Sehen sie ihre Absichten durch, so würde

der Brotpreis sich mehr als vervierfachen und das Brot mindestens 16 Mark kosten.

Deshalb soll die Zwangswirtschaft für Getreide, durch die das Brot jetzt billig erhalten wird, ebenso verschwinden wie die Zwangswirtschaft für Milch. Wird sie beseitigt, so gibt es überhaupt keine Milch mehr zu erschwinglichen Preisen. Was dann aus den Kindern und Kranken wird, ob sie zugrunde gehen, das ist den Agrariern ebenso gleichgültig wie der bürgerlichen Regierung.

Während die Regierung eine gewaltige Erhöhung aller indirekten Steuern plant, ist sie gleichzeitig geneigt, dem Ansturm der Besitzenden auf

Abbau der Besitzsteuern

nachzugeben. Und das, obwohl schon heute Arbeiter, Angestellte und Beamte das Vielfache dessen an Steuern zahlen, was von den übrigen Klassen der Gesellschaft gezahlt wird. Dieser Zustand soll trotzdem noch weiter verschärft werden.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Ueber alle diese Absichten habt Ihr am 20. Februar zu entscheiden. Ihr habt es in der Hand, ob sie verwirklicht werden oder nicht. Die bürgerlichen Parteien kämpfen für die Aufrechterhaltung ihrer Vorrechte und die Unantastbarkeit ihres Geldbeutels. Einig waren sie deshalb in Berlin in der Ablehnung des Versuchs der sozialistischen Parteien, den Wohnungsluzus durch eine gerechte Besteuerung zu bekämpfen. Sie sind für Wohnungsluzus der Besitzenden und Wohnungsgelend der Besohlenen, wie sie überhaupt alles für einen gewaltigen Ansturm zur Niederhaltung der Arbeiterklasse vorbereiten.

Gibt ihnen am 20. Februar dafür die Antwort. Verhindert ihre Absichten. Arbeitet und agitiert deshalb unablässig für den Sieg der Liste der

Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

festzusehen. Sie hat der deutschen Regierung für die Neuherung kurze Fristen gestellt, die bei dem Umfang des Materials und dem Fehlen anreichender Unterlagen, unmöglich eingehalten werden können. Der Reparationskommission ist eine entsprechende Erklärung abgegeben worden.

Ueber die Höhe und den Inhalt der Schadenerrechnungen wird Näheres bekanntgegeben werden, sobald die Sichtung des Materials eine Uebersicht gestattet.

Die rumänischen Entschädigungsansprüche. Bukarester Zeitungen zufolge hat Rumänien durch seinen Vertreter bei der Reparationskommission in Paris Entschädigungsansprüche in Höhe von über 31 Millionen Gold-Dei angemeldet.

Die Ueberwachung der polnischen Grenze

Berlin, 17. Februar.

Die Interalliierte Regierungskommission gibt bekannt: Die Interalliierte Regierungskommission hat bei der polnischen Regierung Schritte unternommen, um zu erreichen, daß wirksame Maßnahmen zur strengen Ueberwachung der Grenze auf polnischem Gebiet getroffen werden. Die polnische Regierung ist auf diese Anregung eingegangen und hat die erforderlichen Anweisungen zu ihrer Verwirklichung gegeben. Mit der Aufstellung der Grenzposten ist bereits begonnen worden.

Eine zeitgemäße Erinnerung

Die Korruption zur Zeit Wilhelms des Ehrwürdigen

Eine Hauptwaffe der Deutschnationalen in ihrem Kampfe um die Wiederkehr des alten Preußen ist die Lebensart von der Pflichttreue, der Sparamkeit, der Unbestechlichkeit und der schlichten Einfachheit der preussischen Junker Beamten und der aus diesem Kreise hervorgegangenen hohen Beamten. Das schlechte Gedächtnis und die Interessenlosigkeit breiter Volksmassen bringt es zuwege, daß diese Hymnen auf das alte Preußentum immer noch gesungen werden. Dieser Legende, die sich würdig der Hohenzollernlegende anreihet, ist ja gerade in diesen Tagen durch die Aufdeckung der famosen häuslichen Verhältnisse der Deutschnationalen Volkspartei sowie durch die Fälle Kerzhoff, Rager und zahlreiche andere erbauliche Dinge, ein arger Stoß versetzt worden. Nun könnten die Deutschnationalen sich ja damit verteidigen, daß sie eben in der allgemeinen Korruption, die, wie sie sagen, angeblich die Revolution gebracht haben soll, auch ihr Teil bekommen hätten. Das würde ja wiederum schlecht passen zu den vielgesprochenen altpreussischen Tugenden, die doch gerade in dieser allgemeinen Korruption sich hätten bewahren müssen.

Aber die ganze Sache ist mehr als brüchig, ist verlogen und unerhlich. Zwar behauptet Herr Hefferich, solche Dinge, wie der Fall Erzberger wäre in der Kaiserzeit nicht möglich gewesen, und Herr v. Graefe sagte die hochtönenden Worte: "Alles, was im Falle Erzberger zutage getreten ist, wäre zur Zeit Bismarcks und Wilhelms des Ehrwürdigen nicht möglich gewesen. In ihrer Atmosphäre war für Schieberpolitik und für Kreaturen, die mit amtlicher Maske das deutsche Volk ansplünderten, kein Platz."

Nun ist Herrn Hefferich nachzusehen, daß er noch sehr jung ist in der Deutschnationalen Volkspartei, obwohl er als politisch gebildeter Mann über das politische Leben, das sich vor seiner geschäftigen öffentlichen Betätigung in Deutschland abgepielt hat, unterrichtet sein dürfte. Herr v. Graefe, der zwar nicht zum alten Adel gehört, spielte aber auch schon bei den Konservativen eine Rolle. Ihm zumindest dürfte bekannt sein, daß es mit der Reinheit und Unbestechlichkeit des altpreussischen Beamten und Volkserreters eine eigene Sache ist und daß es besser ist, darüber zu schweigen.

Wir sind in der Lage, dem Gedächtnis der beiden Herren sowie dem aller trägen Nachbeter der Preußenlegende etwas aufzuhelfen. In die "mallose Kaiser- und Bismarck-Zeit fällt doch gerade die

Wera des herlichstigen Vorkens und Gründerschwindels.

Unter dieser bis dahin unerhörten Herrschaft der Korruption schossen die großen und kleinen Banken, die Bauschwinder, Eisenbahngesellschaften, Industrie- und Aktienunternehmen wie Pilze aus der Erde. Ein geradezu läudhaft großer Teil des privaten Volksermögens ist diesen Gründerpiraten in die Hände gefallen. Sie verstanden es, ohne die Geldstränke aufzufinden, die darin liegenden Werte in ihren Besitz zu überführen. Um den bummeln Wäusen den Spieß recht schmadhaft zu machen, schmiedeten diese Gründerunternehmen ihre Aufsichtsräte mit Parlamentariern und zahlten riesige Tantiemen. Auch auf den Prospekten und Geschäftsberichten figurierten Parlamentarier als Lodmittel und Sicherheitskommissare, denn sie zeichneten ausdrücklich als "Mitglied des Parlaments."

Nun ist die Frage:

Befanden sich unter diesen "Parlamentariern" auch Angehörige der Konservativen Partei?

Diese Frage wird beantwortet in dem in der Berliner Staatsbibliothek befindlichen amtlichen Material, das über diese Korruptionszeit berichtet. Hören wir also:

Der Bericht unterscheidet vier Klassen von Parlamentariern, 1. solche, die nur eine oder zwei Aufsichtsratsstellen innehatten, 2. Gründer bzw. "Erste Zeichner" und mehrfache Aufsichtsräte, 3. Hervorragende Gründer bzw. "Erste Zeichner" und vielfache Aufsichtsräte, und endlich 4. Gründer bzw. "Erste Zeichner" im Superlativ.

In nachfolgender Aufstellung sind nur die Klassen 2, 3 und 4 berücksichtigt. Von diesen und der konservativen Fraktion angehörig, sahen im Preussischen Herrenhause ein Prinz, zwei Herzöge und vier andere Herren. Im Preussischen Abgeordnetenhaus, das damals 43 Mitglieder zählte, sahen etwa 60 Gründer, bzw. "Erste Zeichner" und Aufsichtsräte. Im Deutschen Reichstag, der damals 382 Mitglieder hatte, sahen 106 Gründer, bzw. "Erste Zeichner" und Aufsichtsräte. In beiden Häusern zusammen und zu Klasse 2, 3 und 4 zählend, der konservativen oder freikonservativen Fraktion angehörig, sahen u. a. zwei Prinzen, zwei Grafen, ein Herzogpräsident a. D., ein Geh. Oberregierungsrat, ein Bergbaupräsident, ein Geheimrat, ein Kommerzienrat, ein Kaufmann und Herr "Stroosberg".

Man sieht, die höchsten Spitzen des preussischen Adels und der Beamtenherrschaft haben es auch in der Zeit Bismarcks und Wilhelms des Ehrwürdigen nicht verschmäht, sich in die gewagtesten Kapitalgeschäfte auf unsolidester Grundlage einzulassen, wenn sie nur hohe Gewinne versprochen. Ein treffendes Seitenstück zu der bekannten Vorliebe verkorrupter und herabgekommenen Junker, ihre verrosteten Wappens

Die Rahrregierung zu den Pariser Bedingungen

In der gestrigen Sitzung des bayrischen Landtages wurden die beiden Interpellationen der U. S. P. D. und S. P. D. zur Stellung der bayrischen Regierung zu den Pariser Bedingungen verhandelt. Ministerpräsident von Rahr meinte, daß die Erfüllung der Pariser Forderungen die vollständige Verklammerung des deutschen Volkes auf zwei Generationen hinaus bedeuten würde. Der Auflösung der Einwohnerwehren könne die bayrische Regierung nicht zustimmen, bevor nicht vollkommene Ordnung im Innern hergestellt sei. Noch sei aber die Umsturzbeziehung zu fürchten. Zu Revanchezwecken solle die Einwohnerwehr nicht dienen. Dieser Standpunkt sei der Reichsregierung mitgeteilt und ihr anheimgegeben worden, alle Maßnahmen selbst zu treffen und auch die ausschließliche Verantwortung für die Auflösung der Einwohnerwehr zu übernehmen.

Die Schadensberechnungen eingetroffen

M. B. Berlin, 17. Februar.

Von der Reparationskommission sind der deutschen Regierung in den letzten Tagen die Schadensberechnungen des größten Teils der Ententestaaten gemäß Artikel 233 des Friedensvertrages zur Neuherung übersandt worden; der Rest der Berechnungen ist für die nächsten Tage angekündigt. Auf Grund dieser Berechnungen beschäftigt die Reparationskommission, gemäß des genannten Artikels bis zum 1. Mai d. Ja. die Gesamtsomme der von Deutschland zu vertretenden Schäden

schäfer durch reiche jüdische Heiraten wieder zu vergolden. Aber nicht nur das. Auch der Erzberger in Plebe und wie die Zeit Bismarcks und Wilhelms des Ehrwürdigen. Als letzter in der oben mitgeteilten Liste der Mitglieder der konservativen Partei, die sich an dem Gründungsrummel hervorragend beteiligten, ist Herr Stroussberg genannt.

Wer aber war Herr Stroussberg?

Aus dem amtlichen Material geht hervor, daß er ein Schieber und Schwindler allererster Sorte war.

Er stammt aus Ostpreußen. Als 12-jähriger Bube ging er nach England und landete 20 Jahre später als Dr. Theobald Henry Stroussberg in Berlin. Er ließ erzählen, daß er in der Fremde Kommissar, Reporter, Lehrer, Spekulant, Rentier, Redakteur und Dichter (!) gewesen sei. Hier war er zunächst als Agent und Kommissionär tätig. Dann war er sich auf den Eisenbahnbau und erlangte hierbei die sogenannte „General-Entreprise“ oder, wie der Abgeordnete Pascher sich treffend ausdrückte, das „System Stroussberg“.

Man lachte und spottete über den verwegenen Abenteuerer, über den dreifachen, plumpen Baronä, aber seiner Einladung folgte trotzdem die vornehmste Gesellschaft und schloß sich ihm an. Er gründete eine eigene Zeitung und kaufte alles Erdendbare. Die Tribüne nannte ihn „den Mann, der alles kauft“. Zu guter Letzt, so sagt der Bericht weiter, kaufte er sich nach Grafen und Herzögen und baute mit ihnen in Rumänien Eisenbahnen. Als der Eisenbahnbau zusammenbrach, zahlten Stroussberg und Konsorten auch die garantierten Zinsen nicht mehr. Das eingezahlte Kapital war bis auf 40 Prozent verpufft. Wieviel die konservativen Mitkonjessionäre bei diesem sauberen Geschäft verdient haben, ist nicht genau bekannt geworden. Dem großen Dr. Stroussberg aber rechnete Herr J. Hoppe in der „Vossischen Zeitung“ vor, daß er mindestens 30 Millionen Mark in die Tasche gesteckt habe und über fast ebensoviele die Abrechnung schuldig geblieben sei.

Viele der Opfer aus der Zeit der Hochflut der Korruption zur Zeit „Wilhelms des Ehrwürdigen“, so sagt der Bericht, erlitten durch Selbstmord oder im Irrenhaus.

So selbst sah der Mann aus, mit dem die Vertreter des alten, strengen, unbeflecklichen Preukentums ihre Geschäfte machten. Die Prinzen, Herzöge und Grafen und die anderen konservativen Parlamentarier haben es schon zur Zeit Bismarcks und Wilhelms des Ehrwürdigen glänzend verstanden, ihre Vorzugsstellung geschäftlich auszunutzen. Erzberger ist nur ein Stümper, ein schlechter Schüler dieses korrupten Junfergeindels.

Den Helfershelfer, Hergt, Stresemann und Konsorten muß am 20. Februar gereicht werden, daß das preußische Volk sich nicht betäuseln läßt durch eine noch so demagogische, verlogene Agitation. In ihren Reihen sitzen die Steuerdefraudanten und Schieber aller Art, denn die Politik dieser Parteien schließt sie. Diese Talsachen müssen auch den letzten Mann und die letzte Frau aus dem Volke dazu bringen, nur den Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben.

Die Erhöhung des Posttarifs

Die gestrige Sitzung des Reichsrats beschäftigte sich mit der Erhöhung der Postgebühren. Das Gesetz wurde dahin abgeändert, daß das Porto für den einfachen Brief künftig Pfennig und für Postkarten vierzig Pfennig betragen soll. Nach der Regierungsvorlage sollten für Briefe über 20 Gramm 1,20 M. Porto erhoben werden. Die Ausschüsse des Reichsrats haben eine Mittelstufe von einer Mark für Briefe im Gewicht von 20 bis 100 Gramm eingefügt. Briefe über 100 Gramm sollen 1,50 M. Porto kosten. Postkarten sollen gleich den Neujahrskarten usw. zum Drucksachenporto befördert werden können, wenn sie nicht mehr als fünf Worte enthalten und außerdem nur noch die Namen der Absender haben.

In einem weiteren Gesetz wird der Reichspostminister ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats die Beschlüsse des Wadriber Weltpostkongresses hinsichtlich der Auslandspostgebühren schon im Jahre 1921 in Kraft zu setzen.

Bei den Postgebühren haben die Ausschüsse unter sonstiger Zustimmung zu der Vorlage eine Zwischenstufe für Beträge von 1000 bis 2000 M. eingefügt. Das Gesetz über Verringerung der Telegraphengebühren erhöht die Wortgebühr auf dreißig Pfennig und setzt für Telegramme eine Mindestgebühr von zwei Mark fest.

Eine indirekte Portoverhöhung

Nach einer mit Zustimmung des Reichsrates vom Reichspostminister erlassenen Verordnung werden fortan die mit dem Freimarkenstempel versehenen Postkarten, Postanweisungen und Rasterbriefe mit einem Zuschlag für die Postkosten verkauft, weil diese Kosten sich erheblich gesteigert haben und in den Beförderungsgebühren keine Deckung mehr finden. Der Zuschlag beträgt für Postkarten und Postanweisungen fünf Pfennig, für Rasterbriefe zehn Pfennig.

Das Deutschland von heute

In der „Berliner Morgenpost“ finden wir folgende hochwichtige Mitteilung:

Den Charakter als Leutnant erhielt der Kreisaußschuß-Registrator und Feldwebel A. D. Braeder mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Infanterie-Regiments Nr. 11.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß diese wichtige Begebenheit sich nicht etwa im Jahre 1913 zugetragen hat, also in jenen Tagen, wo die Flut byzantinischer Ereignisse sehr hoch stieg, sondern im Jahre 1921. Die Wehrpflicht ist zwar abgeschafft, aber es gibt immer noch Behörden, die einen Feldwebel zum Referentoffizier befördern oder Offiziere a. D. Orden und einen höheren Rang verleihen. Von dem faulen Zauber derartiger „Beförderungen“ abzusehen, verschlingen die Behörden, die dieser wichtigen Arbeit obliegen, ungeheuer viel Geld, das der Steuerzahler aufbringen muß. Daher erscheint es uns angebracht, die Behörden aus ihren Nestern zu befreien, damit die Bureaus für Wohnungen frei werden und die geschäftlichen Richter zu einer produktiven Arbeit gezwungen werden.

Eine überflüssige Verichtigung. Die Redaktion der Niedersächsischen Arbeiterzeitung lenkt uns eine Verichtigung, in der sie bestreitet, daß sie in einer kritischen Betrachtung der Stellung der Zentrale der R. A. P. D. u. a. geirrt haben habe, daß diese Wahlaufrufe „in Schlaftrunkenheit“ verfaßt worden seien. Das ist zutreffend. Die Worte „in Schlaftrunkenheit“ hat das Blatt nicht gebraucht, wie auch aus unserem Artikel „Die Partei der Konfusion“ in Nr. 89 vom 5. Februar deutlich hervorgeht. An der sachlichen Feststellung, daß das Blatt die Zentrale der R. A. P. D. „Züchtung von Müllern“ und „Schwächung des Kampfwillens“, „glatten Opportunismus und Parlamentarismus“ vorgeworfen hat, wird durch diese an einer Keuzerlichkeit lebenden Verichtigung nichts geändert.

Aus der christlichsten Partei

In den Anschlagssäulen kleben große Plakate: „Christliche Wähler, stimmt für das Zentrum!“ Diese Partei nimmt also für sich in Anspruch, die allein christliche Partei zu sein, und da sie nicht nur Katholiken, sondern auch die Gläubigen von der anderen Fakultät für sich zu gewinnen trachtet, so bereitet sie den Deutschnationalen, die gleichfalls das Christentum gepachtet haben, erhebliche Konkurrenz. Wenn es sich aber um das Wahlgeschäft handelt, so herrscht bei der christlichen, wie bei der allchristlichsten Partei die übereinstimmende Ansicht, daß auch „Judengeld“ nicht flinkt. So hat das Zentrum als einen ihrer ausschließlichen Kandidaten zum Rheinischen Provinzialparlament den Geh. Kommerzienrat Louis Hagen aufgestellt. Der heißt eigentlich Levi, als er sich taufen ließ, nahm er den Namen seiner Vaterstadt an.

Diese Kandidatur des Zentrums ist noch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Herr Levi-Hagen ist nämlich Präsident der Kölner Handelskammer und Ausschichtsratsmitglied in fast 60 kapitalistischen Unternehmungen, darunter allein bei 16 Schwerindustriellen Gesellschaften. Herr Levi-Hagen steht an der Spitze der Ausschichtsratskammer, er übertrifft sogar noch Herrn Stinnes. Indem die Zentrumspartei diesen Mann an die Spitze seiner Kandidatenliste gebracht hat, zeigt sie mit aller Deutlichkeit, daß sie ebenso wie die anderen bürgerlichen Parteien im engsten Bunde mit der Schwerindustrie steht und seine Politik von kapitalistischen Interessen beherrscht ist.

Die christlichen Arbeiter mögen aus diesem Vorgang ersehen, daß es nicht auf den Namen einer Partei ankommt, sondern auf die Wesen. Wer als katholischer Arbeiter für das Zentrum stimmt, der stärkt das Großkapital und verläßt sich an seiner eigenen Klasse.

Rechtssozialisten und indirekte Steuern

Indirekte Steuern belasten die Massen in größerem Umfange, als ihre Leistungsfähigkeit es zuläßt. Im Besonderen gilt das von der Umsatzsteuer, durch die alle Waren, auch die Lebensmittel, stark verteuert werden. Die Rechtssozialisten haben bekanntlich im Jahre 1919 für diese Steuer gestimmt, trotzdem ihr Programm sie verpflichtet, alle Belastungen der Massen durch indirekte und Verbrauchssteuern zu bekämpfen.

Warum die Rechtssozialisten das getan haben, erzählt ihr Führer in der Steuerangelegenheit, der Abgeordnete Keil in einer kürzlich erschienenen Schrift: „Deutschlands Finanzelend“. Er teilt mit, daß der Reichsfinanzminister mit dem Reichsnotopfer die neue Umsatzsteuer „taktisch verknüpft“ hatte und daß für die bürgerlichen Parteien die gleichzeitige Annahme der Umsatzsteuer die Vorbedingung war für das Zustandekommen des Reichsnotopfers. Diesem Verlangen trug die rechtssozialistische Partei Rechnung, anstatt es mit allen Mitteln zu bekämpfen. Denn nicht nur, daß sie als proletarische Partei der Umsatzsteuer nie hätte zustimmen dürfen, verschaffte sie mit ihrer Zustimmung dem steuerhassenden Bürgerium auch die Möglichkeit, das Reichsnotopfer so zu gestalten, daß es keine Besserung der Reichsfinanzen brachte und noch heute im wesentlichen nur auf dem Papier steht.

Die rechtssozialistische Steuerpolitik ist also mitverantwortlich für die ungeheure Belastung der Massen und die weitgehende Schonung der Besitzenden.

„Revolutionäre“ Wetterfahnen

Die Zeit liegt noch nicht lange zurück, daß in Berlin und weiter darüber hinaus in Versammlungen der Partei und insbesondere in Versammlungen der Betriebsräte die kurrateteilende große Reden über die Schädlichkeit des Parlamentarismus hielten. Sie fürchteten, daß die Arbeiter dem Rätegedanken abhold werden könnten, wenn sie sich an den Wahlen zum Parlament beteiligen würden. Unter keinen Umständen dürften wir in die „Schwahnreden“ hineingehen; einmal wurde sogar beschlossen, die sozialistischen Vertreter in den Parlamenten sollten aus ihnen herausgehen.

Je näher die Reichstagswahlen heranrücken, desto kleinerer wurden diese Antiparlamentarier, die vornehmlich in der Münz- und Bankzentrale lagen. Sie stießen um und bockten sich selber, Kandidaturen zum Parlament zu erhalten. Dabei gingen diese „Überzeugungstreuen“ Antiparlamentarier sogar sehr planmäßig zu Werke. In den Bezirken suchten sie ihre Leute zusammen, um mit möglichst viel Stimmen an ausschließliche Stellen zu kommen. Ihr Streben war vielfach von Erfolg gekrönt, eine Reihe solcher Kurrateteile haben sich Reichstagswahlen „erzählt“.

Jetzt bei der bevorstehenden Landtagswahl tritt das gleiche in die Erscheinung wie bei den Reichstagswahlen. Zwar haben inzwischen die Münzstrahnenleute zur R. A. P. D. hinübergewechselt, obgleich sie nach ihrer antiparlamentarischen „Überzeugung“ zur R. A. P. D. gehörten. Aber da sind keine Kandidaturen zu vergeben, und so lernen diese revolutionären Wetterfahnen sehr schnell um. Sie „fliegen“ sich den Anweisungen von Moskau, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen und bemühen sich um ansichtsreiche Preukandidaturen.

Wer erinnert sich nicht der vielen sehr konjunktiven Reden eines Paul Neumann, in denen er den Parlamentarismus in Grund und Boden verdammt. In gleicher Richtung bewegten sich die Reden von Paul Scholze und anderer Lichter aus der Münzstraße. Jetzt kann man diese Antiparlamentarier in der Berliner Liste der Kommunistischen Partei zum Preukandidaten finden. Es geht doch nichts über solche Überzeugungstreuen Revolutionäre. Einmal so, ein andermal so, wies gerade trifft. Und solchen Wetterfahnen soll das Proletariat nun seine Geschichte anvertrauen?

Wer sorgt für die Kriegsbeschädigten?

Am 4. Februar, am letzten Tage seiner Verhandlungen, hat der Reichstag keine Rücksichtung der berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen drücklich bekundet. Alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Rechtssozialisten, lehnten den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie auf Erhöhung der Steuerzulage von 25 auf 50 Prozent und weitere Erhöhung der Einkommensgrenzen der Kriegsbeschädigten ab. Der Redner der Rechtssozialisten erklärte, für die von den Kriegsbeschädigten gestellten Forderungen sei kein Geld vorhanden. Selbst der „Reichsbund“, das Organ des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, ist mit dieser Haltung der Rechtssozialisten sehr unzufrieden. Er schreibt in Nr. 4 vom 15. Februar 1921:

„Man wäre sehr wohl in der Lage, eine Milliarde auszugeben (sodass wäre bei Festsetzung der Steuerzulage auf 50 Prozent notwendig), wenn man sich endlich daran gewöhnen könnte, andere nicht so notwendige Ausgaben zu unterlassen. Es sei nur noch einmal daran erinnert, daß 2 B. im Etat des Reichsministeriums für 1920 für den Bau eines Kriegszugers 120 Millionen

Mark angefordert werden. Auch den Hinweis, daß es den Arbeitsinvaliden noch schlechter gehe als den Kriegsinvaliden, kann man nicht gelten lassen. Es vertritt sich schlecht mit den Pflichten des Vaterlandes, die Rente der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nicht an die Teuerungsverhältnisse anzupassen, um einen Vorwand zu haben, die Arbeitsinvaliden noch mehr Hunger leiden zu lassen.“

Trotzdem haben die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten den weitergehenden Antrag der Unabhängigen niedergestimmt. Gebt ihnen am 20. Februar dafür die verdiente Antwort.

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene! Wählt alle Unabhängigen!

Eine seltsame Stiftung

Aus Kattowitz wird uns berichtet:

Das unter der Leitung von Korjanty stehende polnische Plebiszitkommissariat hat vor einigen Tagen durch einen Aufruf die Herausgeber deutscher Propagandazeitschriften auf sich zu Werke bedroht. Der Aufruf erklärte, daß nach der Volksabstimmung die Polen die deutschen Propagandisten unnachlässig verfolgen würden. Diese Drohung bedeutet eine ernste Bedrohung des Friedensvertrages. Polen wie Deutsche haben sich darin gegenseitig die Straffreiheit aller während der Volksabstimmung begangenen Taten zugesichert. Es ist bedauerlich, daß die Entente-Kommission gegen diese Drohung nichts unternommen hat. Das polnische Plebiszitkommissariat fährt weiter fort, durch Annoncen in seiner Presse die sogenannten Emigranten aufs schwerste zu bedrohen. Auch dieser Maßnahme gegenüber hat die Entente-Kommission bisher noch nichts unternommen. Das deutsche Plebiszitkommissariat hat sich nun verhalten lassen, seinerseits mit einem Aufruf hervorzutreten, indem es eine Million deutscher Reichsmark gegen die Sowjeto-Polsta aussetzt. Die Sowjeto-Polsta hat nach diesem Aufruf die Aufgabe, Oberschlesien, die sich ungleichmäßig gemacht haben, zu ermorden. Das deutsche Plebiszitkommissariat behauptet, daß Theophil Kupla aus Deuthen, sowie drei andere Oberschlesier durch diese Organisation ermordet worden seien. Es gehöre weiter zu deren Aufgaben, wichtige Urkunden zu rauben oder zu vernichten, Aufsammlungen deutschgermanischer und Dynamitattentate in Schrecken zu versetzen. Die Million soll nur zu Beförderungen für die Ausbeutung von Laten der Sowjeto-Polsta verwendet werden.

Es ist nicht zu bestreiten, daß diese polnische Organisation existiert. Durch Dokumente, ebenso durch ihre Attentate hat sie sich im polnischen Oberschlesien bemerkbar gemacht. Der internationalen Kommission liegt eine Unmenge Aufklagematerial über diese polnische Organisation vor. Leider hat sie noch niemals eine Maßnahme dagegen ergriffen. Sie hat vielmehr an die gesunden Abwehrkräfte der ober-schlesischen Bevölkerung appelliert. Dadurch hat sich offenbar das deutsche Plebiszitkommissariat zu diesem Schritt verhalten lassen, die seltsame Millionenstiftung auszusprechen.

Obwohl zu bedenken ist, daß die internationalisierte Kommission noch immer nichts Ernsthaftes in der Frage der Auflösung der polnischen Geheimorganisation unternommen hat, kann man doch keinesfalls das Vorgehen des deutschen Plebiszitkommissariats gutheißen. Es bleibt ein Eingriff in die Rechte der regierenden Behörden. Dazu kommt, daß die Folge dieses Belohnungsunternehmens eine neue Verschärfung der Korruptions-Aera sein würde, eine Flut von Spitzelberichten, von gefälschten Dokumenten würde das unglückliche ober-schlesische Volk überflutet werden. Die ober-schlesische Arbeiterschaft ist nicht geneigt, sich für die Verheerungsmethoden der polnischen Propaganda und ihrer Drohungen mißbrauchen zu lassen, aber auch nicht für unbedingte deutsche Abwehraktionen.

Arbeit für den Staatsanwalt

Die „Kote Fahne“ bringt in ihrer Donnerstag-Morgenausgabe die photographische Reproduktion des handgeschriebenen Briefes des Subdirektors Kleinwächter an den Generalsekretär Bogner vom Deutschen Dinarverein, in dem er erklärt, er habe Orgelbänder gezeichnet und teils als Krüppel einen geheimen „Hausauszug“ von 600 Mann.

Was wird die Staatsanwaltschaft, die so überaus eifrig ist, wenn Spitzel ihr gefällige Berichte über „Arbeiter-Bündnisse“ gegen gute Bezahlung auftragsgemäß liefern, gegen diesen Gründer eines 600 Mann starken geheimen „Hausauszuges“ unternommen? Nach der handgeschriebenen Urkunde kann es für keinen Staatsanwalt einen Zweifel mehr geben, daß Kleinwächter in größtenteils Weise gegen das Verbot der Bildung militärischer Bänder verstoßen hat. Sie sehen, ich bin der Alte“. Schloß Kleinwächter seinen Brief. Das heißt, er läßt sich durch Strafanordnungen in Verordnungen des Reichspräsidenten nicht „einschüchtern“. Wird die Staatsanwaltschaft wirklich den traurigen Mut aufbringen, Kleinwächter auf freiem Fuß zu lassen, während sie gerade jetzt in Essen 15 Arbeiter, die durch Kruppellose wider besseres Wissen abgegebene Spitzelberichte ihr ausgeliefert wurden, den Prozeß machte?

Der sächsische Nachtragsetat

Der sächsische Nachtragsetat zu dem ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 ist dem Landtag lobend zugegangen. Danach sollen die durch das Finanzgesetz vom 10. August 1920 festgestellten Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des ordentlichen Staatshaushalts um die Summe von 111 247 284 M. und der zu außerordentlichen Staatszwecken ausgesetzte Gesamtbetrag um die Summe von 87 797 000 Mark erhöht werden. In dem Nachtragsetat werden über den verabschiedeten Haushaltsplan hinaus nachhunderttausendbedeutende Beamtenstellen angefordert. Ferner steht der Nachtragsetat folgende Summen für Leipziger Kulturinstitute vor: 20 000 M. für den Deutschen Verein für Kulturwesen und Schilffstum, 250 000 M. als Erhöhung des Staatsbeitrags zur Unterhaltung der Deutschen Büchererei, 20 000 M. zur Erhöhung der Beiträge für die Sächsische Akademie der Wissenschaften und 27 500 M. für die Hochschule für Frauen in Leipzig. Die sächsische Staatstheater in Dresden werden einen Aufschuß von 4 900 000 M. erfordern.

Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung. Im Reichsrat wurde der Entwurf einer Verordnung über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung angenommen. Dadurch werden die Demobilisierungsausschüsse in den einzelnen Gemeinden und die Demobilisierungskommissionen aufgehoben. Ferner treten bis zum 31. März 1922 alle Anordnungen außer Kraft, die auf Grund der bisherigen Bestimmungen über die wirtschaftliche Demobilisierung erlassen worden sind, sofern nicht eine gesetzliche Festlegung erfolgt ist.

Der Abstimmungstermin für Oberschlesien soll nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ nächste Woche bekanntgegeben werden.

Streiks in Leipzig. Nachdem am Mittwoch die an den Leipziger Messebauten beteiligten Zimmerer zwecks Erlangung höherer Löhne in den Streik getreten sind, haben Donnerstag früh auch die Leipziger Transportarbeiter aus dem gleichen Grunde die Arbeit niedergelegt. Verhandlungen sind im Gange.

Heute abend 5 Uhr Flugblattverbreitung in Groß-Berlin

Anschließend Besuch der Versammlungen

Konfusion und Unehrllichkeit

Wir teilten schon in der gestrigen Morgenausgabe mit, daß die Münchener Kommunisten nach langen und stürmischen Erörterungen ihren beiden Führern Otto Graf und Otto Thomas ihr Vertrauen ausgesprochen haben, nachdem sie ihre Haltung in den letzten Wochen mit Vierfünftelmehrheit verurteilt haben. Jetzt schon diese Tatsache Zeugnis davon ab, was von der „Konfusion“ der Münchener Kommunisten und von den Zusicherungen der leitenden Kreise der Berliner Kommunisten, die Münchener Nationalsozialisten auszumerzen, zu halten ist, so zeigen die in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Beschlüsse des erweiterten Landesauschusses der K. P. D., Bezirk Süd-Bayern, ein Maß von Konfusion und inneren Widersprüchen, das nicht mehr zu überbieten ist.

Der Bezirksauschuss verurteilt zwar den Artikel von Otto Thomas, der die Studenten und die Arbeiter zu einer nationalen Einheitsfront aufrief, er verurteilt auch die Haltung von Otto Graf im bayerischen Landtag und behält die Verurteilung aus auf die ganze Landtagsaktion aus. Gleichzeitig jedoch schließt sich der Bezirksauschuss dem Vertrauensvotum der Mitgliederversammlung für Graf und Thomas an und verurteilt die Schreibweise der Berliner „Roten Fahne“, die in einem Artikel an den Münchener Vorgängen Kritik geübt hat.

Man könnte an diesem lieblichen Spiel der gegenseitigen Verurteilungen und Vertrauensfundgebungen seine stille Freude haben, wenn nicht gleichzeitig von dem Bezirksauschuss folgende Resolution angenommen worden wäre:

Der erweiterte Bezirksauschuss erklärt, daß die Stellungnahme der Bezirksleitung zur Frage der Forderungen nach der Entente in der Versammlung am 4. Februar 1921 im Zirkus Krone durch das Referat des Genossen Otto Graf bargelegt wurde. Diese Stellungnahme der Bezirksleitung deckt sich mit der prinzipiellen Haltung der Gesamtpartei in dieser Frage. Der Bezirksauschuss steht in diesem Falle einmütig hinter der Bezirksleitung.

Durch diese Erklärung wird erneut festgestellt, daß die Führer der Südbayerischen Kommunisten gar nicht daran denken, jene Politik preiszugeben, die Otto Graf am 4. Februar in München proklamierte, als er unter dem Jubel der anwesenden Zeitweiligen und Studenten zu einem „revolutionären Krieg“ gegen die Entente aufrief und das Bündnis mit Sowjet-Rußland als Grundlage für eine Kriegserhebung erklärte.

Gegenüber der Konfusion in allen übrigen Beschlüssen ist diese Resolution des Südbayerischen Bezirksauschusses eindeutig und klar. Sie bestätigt, daß alle Verschleierungsversuche der Zentrale und der „Roten Fahne“ die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen vermögen, daß die Münchener Kommunisten bemüht zu sein, einen neuen Krieg zu hegen. Die Widersprüche in allen anderen Beschlüssen, das gleichzeitige Aussprechen von „Verurteilungen“ und „Vertrauensfundgebungen“ entspringen zum größten Teile der Tatsache, daß die Kommunisten zwar den Krieg wollen und zum Kriege hegen, gleichzeitig aber sich nicht trauen, diesen Gedanken offen und ehrlich auszusprechen. Die Konfusion ist also nur die notwendige Folgeerscheinung der Unehrllichkeit der kommunistischen Politik.

Rebelle! Gebt diesen Politikern, die das Proletariat von Niederlage zu Niederlage führen und mit dem Feuer des Krieges spielen, am 26. Februar die entsprechende Antwort!

Die ich rief, die Geister...

Zu den Münchener Beschlüssen äußert sich die „Rote Fahne“ wie folgt:

„Dazu möchten wir mit aller Schroffheit aussprechen, daß wir das Vertrauensvotum für Thomas und Graf für einen schweren Fehler halten, dem eine ganz unbegründete Einteilung in der gegebenen Sache zugrunde liegen muß. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß dieses Vertrauensvotum nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit sein darf, daß hier keine Münchener und keine bayerische, sondern eine Angelegenheit der Gesamtpartei vorliegt, und das Zentralkomitee die getroffene Entschliebung schnellstens und radikal zu revidieren hat.“

Es trifft vollkommen zu, daß der Münchener Stempel keine örtliche Angelegenheit, sondern eine Angelegenheit der gesamten kommunistischen Partei ist. Ist es schon eine Blamage für die Partei, daß trotz des Eingreifens des Parteivorstandes Leo die Münchener Mitgliedschaft und die Bezirksleitung der K. P. D. den Nationalsozialisten Thomas und Graf ihr Vertrauen aussprechen, so gewinnt dieser Stempel eine weit größere Bedeutung, weil die Münchener Nationalsozialisten sich mit Recht darauf berufen können, daß ihre Haltung von der der leitenden Parteinstanzen nicht abweicht. Niemand anders als die Führer der Berliner Opposition in der K. P. D. haben deshalb gegen die Parteileitung und die „Rote Fahne“ die schwersten Vorwürfe erhoben. Die Korrespondentin in der Berliner Funktionärerversammlung, Ruth Fischer, erklärte in ihrem Referat, die Reichstagsrede Leo, ein Artikel in der „Roten Fahne“ und die Vorgänge in München hätten eine merkwürdige Ähnlichkeit mit dem revolutionären Volkskrieg Wolfheims und Lauffenbergs (die vor einem Jahre aus der K. P. D. herausgeworfen wurden). München habe die Frage des Bündnisses mit Sowjetrußland (zu gemeinsamen Bekämpfung der Entente) nur in zweifelhafte formalisiert als andere. In einem Artikel in Nr. 69 der „Roten Fahne“ wiederholte Ruth Fischer ihre Anklagen gegen das Zentralorgan und die Parteivorstände, dessen Rede sie als „unverzeihlich“ bezeichnete, weil er die deutsche Bourgeoisie zu überzeugen suchte, daß eigentlich auch ihre Interessen im Osten liegen, und nur „Anstandsrevolutionen“ als „Schlußloste“ dranhängte.

Ein zweiter Vertreter der Opposition, E. Friesland, schrieb in Nr. 71 der „Roten Fahne“ über die plötzlich entbrannten Meinungsverschiedenheiten in der äußeren Politik:

„Es blieb der Vereinigten kommunistischen Partei vorbehalten, anlässlich der Pariser Abmachungen diese elementaren Dinge, um deren Willen sich vor über einem Jahre die frühere K. P. D. gespalten hat, zu verknüpfen. „Kommunisten“ waren es, die die „Einheitsfront der Jugend“ herstellten wollten, und das Zentralorgan unserer Partei hielt es für richtig, einige literarische Bemerkungen, die dem literarischen Geschmack des Verfassers vielleicht ein gutes Zeugnis ausstellen, daran zu knüpfen, und die Zentrale der Partei hielt es für gut, eine Erklärung über diese Sache zu veröffentlichen, deren Tendenz und Inhalt uns in der Agitation und Propaganda tagtäglich um die Ohren geschlagen wird.“

In der Tat sind die skandalösen Vorgänge in München eine Enttäuschung, die nicht nur auf das Konto des Münchener Parteivorstandes zu legen ist, sondern auch an anderen Stellen der Partei wird neuerdings eine Art Weltpolitik befeuert, die zur schärfsten Kritik herausfordert muß.“

Es ist erstens, daß diese Kritik einsetzt und daß das reaktionäre Empfinden eines Teils der kommunistischen Arbeiterschaft sich gegen die Enver-Pasha-Politik der Halbgotter in der Zentrale empört. Es muß aber diesen Arbeitern gesagt werden, daß die skandalöse „Weltpolitik“ ihrer Führer keineswegs nur von gestern und heute datiert, sondern das Ergebnis der gesamten politischen Einstellung ihrer von Moskau abhängigen Führerschaft ist. Und was speziell die Münchener Vorgänge anbetrifft, so muß daran erinnert werden, daß derselbe Otto Graf, dem jetzt die Münchener erneut ihr Vertrauen ausgesprochen haben, Ende November v. J. im bayerischen Landtag die Erklärung abgab, daß die Kommunisten gegen die Entlassung der Einwohnerwehr durch die Entente seien. Ein deutschnationaler Abgeordneter trat dann an den Abg. Graf heran und drückte ihm dankbar die Hand. Wo war damals die kommunistische Zentrale? Was unternahm sie gegen diese offensichtliche Begünstigung der Drageh-Politik? Sie tat nichts, sondern duldete es, daß die gesamte kommunistische Presse in der Entlassungsfrage eine Haltung einnahm, die der Grafen verächtlich ähnlich war, und daß der frühere Reserveoffizier Graf seine nationalsozialistische Politik in München ungehindert fortsetzen konnte. Nun, wo das Haus brennt und die Münchener der Gesamtpartei den offenen Krieg erklärt haben, schreibt das Zentralorgan Jeter-Mordio an überlangt die Revision der Münchener Beschlüsse. Dieses Geschrei wird ihm aber nur wenig nützen. Es wird die Tatsache nicht zu verschleiern vermögen, daß der Münchener Stempel nur ein Symptom der tiefen inneren Zerrüttung der kommunistischen Partei ist. Die Arbeiter können keine Partei brauchen, die im Augenblick, wo sie aktionsfähig sein möchte, sich erst über die grundlegendsten Fragen ihrer Politik auseinandersetzen und abenteuerliche Sonderbestrebungen innerhalb der Partei bekämpfen muß. Mehr denn je erweist es sich in diesem Augenblick, daß die vielgerühmte „Zielklarheit“ der kommunistischen Partei nichts weiter als eine Täuschung ist. Zahlreiche Arbeiter haben das bereits eingesehen, die übrigen werden das sehr bald erkennen, wenn die Unzulänglichkeit und Schädlichkeit der kommunistischen Politik in der Schicksalsfrage des deutschen Proletariats noch deutlicher als jetzt in die Erscheinung treten werden.

Der Ring des internationalen Kapitals

Schon auf der Brüsseler Finanzkonferenz waren klar die das internationale Kapital verbindenden Tendenzen erkennbar. Je schärfer sich die internationale Krise des Kapitals zuspitzt, um so ausgeprägter rückt diese Tendenz in Erscheinung. Ganz in diesem Sinne ist auch die Kritik der alliierten Sachverständigen in Brüssel an dem deutschen Budget gehalten, die nun im Wortlaut veröffentlicht wird.

In dieser Kritik wird u. a. betont, daß sich die Regierungszuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel bei der deutschen Finanzlage nicht rechtfertigen lassen. Diese mühten sich, wenn auch stufenweise, zu verschwinden. Zu dem 19 Milliarden Mark betragenden Defizit der Reichseisenbahnen wird bemerkt, daß 6 Milliarden durch Entlassungen und 8 Milliarden durch Tarifherabsetzungen ausgeglichen werden mühten. Der Lebensmittelhandel mühte möglichst bald freigegeben werden.

Noch deutlicher wird die kapitalistische Tendenz in der Frage der Steuern. Die direkten Steuern hätten danach ihre Höchstgrenze erreicht. Im Interesse der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands mühte man sogar daran denken, gewisse Handel und Industrie schwer treffenden Steuern herabzusetzen. Es wird daher eine Verschärfung der Umsatzsteuer, sowie der Steuer auf Tabak, Zucker, Kaffee, Tee und endlich auch auf Kohle angeregt.

Mit diesen Forderungen wird die eingangs angebotene Tendenz ganz offenbar. Die hauptsächlich auf den breiten Massen lastenden Umsatzsteuern sollen noch weiter angezogen, gleichzeitig aber der Besitz entlastet werden. Dabei sind es doch gerade die Besitzsteuern, die in Deutschland an sich schon am deutlichsten mäßigend angelegt sind. Von einer notwendigen Kapitalabgabe wird vollends nicht gesprochen, obwohl der Sachverständigen nicht entgangen sein kann, daß das sogenannte „Reichsnotopfer“ durch seine Verteilung auf dreißig Jahre bestenfalls nur einer mäßigen Besitzsteuer gleichkommt. Wollte man wirklich, wie angeführt wird, die „wirtschaftliche Erholung Deutschlands“ antreiben, so wäre doch gerade die empfohlene Tarifherabsetzung der Eisenbahnen, sowie die erhöhte Besteuerung der Kohle der allerungeeignetste Weg. Die alliierten Sachverständigen bemängeln ihre ganz offensichtliche Unterstützung des deutschen Kapitals also nur mit einer Ironie, denn auf ihren wahren Kern zurückgeführt, bedeutet ihre Kritik nichts anderes, als eine Uebernahme des Sinnesprogramms.

Der Ring des internationalen Kapitals gegen das Proletariat beginnt sich deutlich wieder zu schließen und auch die bevorstehende Londoner Konferenz dürfte diese Tendenz nur noch fester und sichtbarere unterstreichen.

Abtransport der letzten russischen Kriegsgefangenen

Das Reichsabwehrungsamt erläßt einen Aufruf bezüglich des Abtransportes der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland, in dem es unter anderem heißt: Der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen in ihre Heimat steht vor dem Abschluß. Ehemalige russische Heeresangehörige, die sich zur Zeit noch in Deutschland aufhalten, haben sich bis spätestens zum 15. März, möglichst aber schon früher, in ihrem Stammlager oder dem nächstgelegenen Kriegsgefangenenlager einzufinden, damit sie den letzten Transporten nach Rußland angeschlossen werden können. Nichtentziffene in dem Lager bis zum 15. März 1921 gilt als Verzicht auf die kostenfreie Heimkehrförderung. Bei dem großen Ueberfluß an deutschen Arbeitskräften müssen in Deutschland verbleibende ehemalige russische Heeresangehörige damit rechnen, daß sie ihre Arbeitsstelle verlieren und daß ihnen aus den deutschen Maßnahmen zum Schutze der einheimischen Bevölkerung gegen Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Mangel an Nahrungsmitteln Schwierigkeiten bei ihrem weiteren Verbleiben in Deutschland erwachsen. Alle Arbeitgeber, die Kauteln aufnehmen, beherbergen oder beschützigen, werden aufgefordert, ihnen diesen Aufruf bekanntzugeben und sie auf die Folgen hinzuweisen, die sich aus einer Nichtbeachtung ergeben.

Wo hierzu von unabhängiger Stelle noch bemerkt wird, ist insbesondere unter diesen Folgen zu verstehen: die Anwendbarkeit des völkerrechtlichen Begriffes der Gefangenenschaft auf die in Deutschland verbleibenden Russen, die also damit als Gefangene zu einfachen Ausländern werden und den Beschränkungen über die Ausländer unterliegen und gegebenenfalls als lästige Ausländer ausgewiesen werden können, obgleich zwar von amtlicher Seite in Aussicht gestellt wurde, daß sie zu einem solchen Zwangsabfuhr keinesfalls greifen werde.

Rosbachs Werbungen

Das außerordentliche Gericht beim Reichswehrtruppenkommando I biegt den Erlaß Eberts vom 30. Mai 1920 in sein Gegenteil um. Es soll die Bildung von Volkstum- und Freikorpsverbänden verhindern, ist aber bisher noch in keinem einzigen Fall dagegen eingeschritten. Wohl aber wendet es den Erlaß im ausgedehnten Maße gegen die Arbeiter an. So kommt es auch, daß der Bandenführer Rosbach, auf den die Presse wiederholt aufmerksam gemacht hat, völlig unbefehligt bleibt. In wech ausgebreitetem Maße er seine Werbungen betreibt, dafür folgender Brief als Beispiel:

H. G. N.
Wannsee, den 16. Februar 1921
Tab. Nr. 592/21.

Zu die Kreisorganisation Bruel z. H. des Herrn Schmelter, Bruel in die Kreisorganisation Bruel wurden seitens der Zentrale folgende Leute überwiesen, die sich am 12. 2. dort melden sollten: Rudolf Steiner, Alfons Radtke, Fritz Höpner, August Gerle, Arthur Weber, Rudolf Hake, Wilhelm Jacob, Adolf Besserlich, Otto Haselau, Fritz Wischmann, Robert Gerstenberger, Fritz Ballmann, Franz Ludwig, Heinrich Trillhoff, Eduard Petrolat, Rudolf Sturm, Fritz Kellhoffel und W. Lohmann, Walter Zimmel und Hermann Kaminski.

Unter oben angeführten Bruten wurden der Kreisorganisation noch etwa 20 Leute überwiesen, über welche hier eine namentliche Liste mit Name, Wohnort, Geburtsdatum, Heimatadresse pp. geführt wird.

Am 22. d. Mts. werden sich dort etwa 15 Mann melden, die wir auf schriftliche Werbungen hin angestellt haben und im Besitz eines Ausweises mit der Maschine geschrieben und mit dem Vermerk: „Ihre Papiere senden wir Ihnen anbei zurück“ sind. Die Zentrale ersucht, nur diejenigen Leute einzustellen, falls nicht von dort angenommen, die im Besitze eines von der Zentrale geschriebenen Ausweises sind, da es sonst vorkommen könnte, daß Leute, die wir nicht angestellt haben, sich anderen, die wir noch dort beorderten, anschließen. Die Zentrale bittet die Kreisorganisation sich vorläufig keinen Schreiber anzunehmen, da ihr von hier aus ein eingearbeiteter Schreiber überwiesen wird. Arbeitsgemeinschaft Rosbach.

Nachsch: Zum 22. d. Mts. in hierher direkt Meldung zu erstatten, wieviel Leute bisher dort eingetroffen sind, gez. Rosbach.

Für welche Zwecke die Leute angeworben werden, brauchen wir nicht mehr zu sagen. Der Name Rosbach genügt zur Kennzeichnung des Unternehmers. Leutnant Rosbach wohnt in Wannsee, Otto Erich-Straße 10, in der Wohnung seiner Mutter. Er wirkt für Ostpreußen, Schlesien, Pommern und Mecklenburg. Die Verteilung der angeworbenen Truppen für Mecklenburg nimmt ein Leutnant Schmeltow in Bruel, Hotel Mecklenburger Hof, entgegen.

Warum verhaften Sie die Bandenführer nicht, Herr Kriegsgerichtsrat Kaminski?

Parade der Landbündler

Der Reichslandbund, die Fortsetzung des Bundes der Landwirte, beruft für Donnerstag, den 3. März, eine Tagung nach dem Zirkus Busch in Berlin ein. Auf der Tagesordnung stehen ein Bericht des Vorsitzenden über die Entwicklung des Bundes und ein Vortrag des Herrn Dr. Nölke über wirtschaftspolitische Fragen. Daneben werden noch eine Anzahl Paradedesperde der Agrarier Ansprachen gehalten.

Die Landbündler werden auf dieser Parade feststellen können, daß ihre Wünsche in einem Maße in Erfüllung gegangen sind, wie sie es sich vor noch gar nicht so langer Zeit kaum haben träumen können. Ihre politische Stellung hat sich dank der Politik der Reichssozialisten und infolge der Uneinigkeit der arbeitenden Bevölkerung wesentlich gefestigt und auch in wirtschaftlicher Beziehung geht es ihnen außerordentlich gut. Der Wucher mit allen Bodenerzeugnissen steht in höchster Blüte, das agrarische Kapital erzielt märchenhafte Gewinne, die hinter denen des Industrie- und Handelskapitals nicht zurückbleiben. Das alles wird die Landbündler nicht abhalten, noch unverdächtigere Forderungen als bisher zu stellen.

Fristablauf

Dienstag, den 22. 2., (in Oberschlesien eingehend)
für Absendung der Einsprüche ab Berlin also
Sonntag, d. 20. 2.

Wer erhebt Einspruch?

- Antwort:
Der Stimmberchtigte, wenn
1. sein Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten abgelehnt ist,
 2. sein Antrag von den paritätischen Ausschüssen zur Entscheidung dem Interalliierten Bureau übergeben worden ist,
 3. ihm eine zuverlässige Nachricht über erfolgte Eintragung in die Stimmlisten noch nicht zugegangen ist.

Wann und wo ist der Einspruch zu erheben?

Antwort:
Sofort auf dem Bureau der nächsten Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimatruener Oberschlesier. Hierzu die aus Oberschlesien zugehörige Benachrichtigung mitbringen, falls solche eingetroffen ist.

Wie hat der Einspruch zu lauten?

Antwort:
Der Einspruch ist eingehend zu begründen und mit Datum und Unterschrift zu versehen.
Nicht mehr rechtzeitig beschaffbare Leimungs-papiere können nachgereicht werden.

Was ist die Folge, wenn nicht sofort Einspruch erhoben wird?

Antwort: **Stimmverlust!**

Vereinigte Verbände heimatruener Oberschlesier.

Theater und Vergnügungen

Volkshöhne
Käthe von Kellbrom
7 u. 11 Uhr

Neues Volkstheater
Königsplatz 66
zum 1. Male
7 1/2 Uhr: **Der Parast**

Staatstheater
Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Fledermaus

Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Der Sturm

Deutsches Theater
1 Uhr: **Calixt u. Cleopatra**

Kammerspiele
zum letzten Male:
7 1/2 Uhr: **Der pathetische Gut**

Größtes Schauspielhaus
Kastellanstr.
11 Uhr: **Die Dardanellen**

Rönngräber Str.
1 Uhr: **Calixt**
7 1/2 Uhr: **Die Dardanellen**

Komödienhaus
Das weiße Lämmchen
mit Max Pallenberg
7 1/2 Uhr: **Der lustige Spielplan**

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Die spanische Nachtigall**

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die Gesellschaft des Abbé Chateaufauf

Refidenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Calixt's Sohn

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Hoffnung auf Segen

Theater am Nollendorplatz
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...

Thalia-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mascottchen

Königsplatz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gala-Sänger

Lessing-Theater
Dreht: Victor Barnowsky
7 Uhr: **Beer Gynst**

Deutsches Künstl-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise

Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Der Großfürst

Polles Caprice
Heute, 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:
Im Sennep

7 1/2 Apollotheater
Sensations-Ausstattungschaus
Madame Dubarry's

Theater u. Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6-7
Tägl. 7 1/2 u. Sonntag
nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger

„Weiße Wölfe“
im
Refidenz-Kasino
Klumpenstraße 10

NEUE WELT
Arnold Scholz
Hessische 100-114
Freitag, 18. Februar:
bayer. Bierfest
Ausverkauft

SCALA
LUTHERSTRASSE
DIE 730
VARIÉTÉ-BÜHNE

Concordia-Palast-Theater
64 Wollfenerstraße 64
Mittwoch:
Die geschlossene Kette

Herbert Epstein, Charlottenburg I
Tauroggenstr. 9, Port. 1, II, am Luisenplatz
Schloßstr. 1: Linie 5, 6, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100

Zur bevorstehenden Landtagswahl
erscheinen soeben:
Die Verfassung des Freistaates Preußen
Preis 1,00 Mark

Wahlgesetz zum Preussischen Landtag, Provinzial-Landtags- und Kreis-Landtags-Wahlgesetz
Preis 2,50 Mark

Organfunktionen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin G2 / Breite Straße 8-9

Schuhhaus Cassel, Berlin, Badstr. 54

Sonder-Angebot: Zur Konfirmation

**Dauerhafte Strapazierstiefel
Für Knaben Für Mädchen
Mk. 118.00 Mk. 98.50**

Täglich Eingang von Neuheiten sämtl. Schuh-
waren von einfacher bis zur elegantesten
Ausführung, zu bekannt soliden Preisen
Spezialmarke Linkoba
allerfeinste Rahmenarbeit

Arthur Cassel GmbH. Berlin, Badstraße 54

Betriebsräte • Gewerkschaften • Arbeiterräte
Arbeiterstiefel
gut durchgepaßelt, neu beschliffen
Schnürschuhe Paar M. 35.—
Schafstiefel Paar M. 55.—
in haben
Eislobener Straße 11, Laden 4
Ecke Ranke-Straße * Nähe Bahnhof Zoo

Dringend! Gute Preise. Dringend!
Kupfer / Rotguß / Messing
Quecksilber
Zinn / Weißlager
Schulzendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6
Swinemünder Str. 109

Briefmarken :: Münzen
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang u. d. Friedrichstr. (Nr. 106) Norden 106 21

Wer seine Altmetalle
verkaufen will, wende sich zur
Metallverwertung
Weißburgerstr. 11
Röpenicherstr. 121a
Reinischendorferstr. 107
Gipsstraße 10
Lothringerstr. 47
Humboldt 3392 • Preise einholen

K A F F E E
16,50 roh, ägl. frisch geröstet, Pfd. 19, 20, 22. Riesenbohnen
wieder da. Wiedererklärten, Restaurants, Cafés Engros-
preise. Kakao, hochl. dunkle Qualität, 20. Vanille Pfd. 120.—
Rauch, Norden 436, Invalidenstr. 164, Eckhaus Brunnenstr.

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen
durch die bekannten Verkaufsstellen
G. Hücker, Berlin, Veltensberger Str. 22. Tel. 3661

Billige Hosenwoche

von Montag, 14., bis Sonnabend, 19. Februar.

Sämtliche Hosen sind bedeutend im Preise herabgesetzt
größtenteils unter Anschaffungspreis.

Serie I Hosen	sehr haltbar, in schönen Mustern M.	55	Serie IV Hosen	In verschied. dezenten Mustern M.	150
Serie II Hosen	in Kammgarn und Cheviot M.	89	Serie V Hosen	Vornehm gestreift, an Outways passend . M.	170
Serie III Hosen	aus gutem Kammgarnstoff M.	120	Serie VI Hosen	schwarz, aus vorratl. Tuchkammgarn . . M.	275

Nur BaerSohn Keine Filialen mehr
Nur Chausseestraße 29-30 NUR

Trauringe
Zukaten 300 gestempelt, Stück Mk. 120.— an
14 Karat 335 70.—
8 35.50
Sollte Garantie für Feingehalt, stets vorrätig am Lager
H. BOCK, BERLIN O., Andreasstraße 44,
biswels Jahnhof, Fernruf. Nr. 3265 (Hrb.-Kndl.)

Läuse-Plage
In 1 Stunde befreiten Sie unter Garantie jede
und Pflanze (z. B. Obst) bei Mensch u. jed. Tier u. m. gef. gef. Mittel Eckold A in 3 Größen für eine, zwei und vier Personen.
— Für Haut und Haar unschädlich —
Eckold A) vernichtet Mücken (am Best. 1 rad'kel Eckold B) vernichtet Schwaben, Ameisen, Rindenkäfer u. daz. Zu haben in Berlin in folgenden Drogerien: 9120, Wollfenerstr. 14, 21, Reichenbergerstr. 118, Blumenstr. 90, Invalidenstr. 33, Friedrichstr. 138, Sonnenstr. 187, Schönehauser Allee 88, Ursulastr. 187, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500

Bei Husten Heiserkeit, Asthma u. Lungenleiden hat **San-Rot Dr. Wegscheiders Brust-Tee** nach Original-Verfahren seit Jahren bestlich empfohlen und bewährt. In Pak. zu 5.— u. 9.50
Elefant-Apotheke, Berlin SW, 191
Potsdamer Straße 74 (Dönhofspl.)

Rekovalenzenten
Diätarme und Kranke trinken
Santa Lucia
Pauziger Süsswein
Depot: Bergstr. 34, Nord. 4553

Konkurrenzlose Preise!
Fahrradreifen Prima Gummi 28 x 1 1/2 von 48.00 bis 125.— Mk.
Garantie-Reifen von 70.— Mk. an
Gebirgsreifen, prima 80.— Mk. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschlüsse, Ia Gummi . . 16.50 Mk. bis 20.— Mk.
Karbid, Del
AUTOREIFEN- und FAHRRAD-HAUS „Nord-Ost“ Berlin, Ebersstr. 89 am Rosenhaler Tor

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind:
Der Schloßer
Georg Schwengberg
am 14. Februar.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Baum-schulenberg, statt.
Der Arbeiter
Emil Thiede
am 15. Februar.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, in der Friedhofhalle des Allen Johannis-Kirchhofes in Köpenick, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Ruder-Verein „Hörwacht“
Am 14. d. Mts. verstarb nach längerem Leiden unser lieber Sportgenosse
Ernst Gerlach.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. d. Mts., nachm. 1/4 4 Uhr auf dem Elisabeth-Kirchhofe, Pötenbergerstr., statt.
Der Vorstand.

11. Divisi 1930.
Am Montag, den 14. d. Mts. verstarb unser Genosse
Paul Wuttke.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. d. Mts., nachm. 1/4 4 Uhr auf dem Elisabeth-Kirchhofe, Pötenbergerstr., statt.
Im rege Beteiligung erwünscht
Der Vorstand.

Redakteur gesucht!
Wir suchen für unser täglich erscheinendes sozialdemokratisches Blatt (Anhänger der Wiener Konferenz)
einen leitenden Redakteur
Erforderliche: Politische Tätigkeit in der proletarischen Bewegung und Presse. Schriftliche Offerten sind bis längstens 24. Februar an die Redaktion der „Freiheit“ in Konstanz (Schloßhofstraße), Sternengasse 12, zu richten

Theodor Storm
Meister-Novellen
454 Seiten Text
Inhaltsverzeichnis:
Immensee / Viola tricolor / Im Schloß Aquis submersus / Garsten Curator / Der Schimmelreiter / Mehrere Gedichte
18 ganzseitige Zeichnungen von Otto Soltan
Ein Stormbildnis von Karl Bauer
Elegant gebunden 16.00 Mark
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin G2
Breite Straße 8-9
sowie durch alle Filialen der „Freiheit“

Botenfrauen
sucht
Sped. Werner, Greifswalder Str. 29.
Botenfrau
sofort verlangt
Expedition Lichtenberg, Tasdorfer Straße 25.

Arbeiter - Wäsche
zu Fabrikpreisen

Frauen-Unterwäsche u. Hosen, farbige 15.— bis 25.— Mk.
mit 20.— bis 25.— Mk.
für Kinder 12.— bis 15.— Mk.
mit Spitzen per Stück 5.— Mk. Wollschlappen
Einzelne Männer-Hemden 25.— Mk.
Beste Verarbeitung. Keine Reklamieren. Solange der Vorrat reicht
Nur abends zwischen 5 bis 8 Uhr
Herbert Epstein, Charlottenburg I
Tauroggenstr. 9, Port. 1, II, am Luisenplatz
Schloßstr. 1: Linie 5, 6, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100

Zur bevorstehenden Landtagswahl
erschienen soeben:
Die Verfassung des Freistaates Preußen
Preis 1,00 Mark
Wahlgesetz zum Preussischen Landtag, Provinzial-Landtags- und Kreis-Landtags-Wahlgesetz
Preis 2,50 Mark
Organfunktionen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin G2 / Breite Straße 8-9

Billige Emaillewaren
teilweise mit kleinen Fehlern

Schmortöpfe ohne Ring	25	24	22	20	18 cm	6.00
Schmortöpfe mit Ring	15.75	13.50	10.50	8.75	18 cm	8.00
Kasserollen ohne Ring	28	26	24	22	14 cm	3.00
Wasserkessel ohne Ring	24.50	22.75	20.50	18.50	20 cm	18.00
Schüsseln hoch	28	26	24	22	20 cm	2.00
Schüsseln tief	6.50	6.75	4.90	3.75	20 cm	4.00
Bannen oval	8.00	8.00	6.90	5.75	20 cm	4.00
	60	55	50	45 cm	27.00	
	49.75	41.50	32.50			

Ein Posten Eimer außergewöhnlich billig!!! 25 cm 14.75

Der Trumpf !! Ein Kleiderstoffe 39.50
der großer reiner Wolle, viele Farben und
Bittigkeit !! Posten gute Stoffe, doppeltbr. Meter

Kaufhaus Gebrüder Leyser
Wiener Straße 64, Ecke Lausiger Straße, am Görlicher Bahnhof

Die Bedeutung der Wahlen zu den Kreis- und den Provinziallandtagen

Von Felix Linke

Daß Preußen wie es ist, den Kulturfortschritt begünstigt, wird selbst der Kultur-, Verzeihung, der Minister in Preußen nicht behaupten, dem die engeren Kulturaufgaben anvertraut sind, der jedoch bei der Alleinübernahme dieses Postens nichts Eiligeres zu tun hätte, als die neue Bezeichnung Kulturministerium in die alte, diese Dunkelkammer zurückzuwandeln. Würde schon dort alles verjüngt, was alles verhinbert, was erhoffen ließ, eine bessere neue Generation zu erziehen, so noch viel mehr in der inneren Verwaltung Preußens, wo gar nichts geschehen ist, um die Reaktion zu brechen und erfrischende Zugluft in die Schließ- und Verschwörerkammern des Junkertums zu bringen, die sich Landratsämter, Kreistage, Kreisverwaltungen, Kreisregierungen, Bezirksausschüsse, Provinziallandtage und Oberpräsidien nennen. Man hat wenigen dieser Einrichtungen ein paar Spitzen aufgesetzt, die natürlich nur als unrettbare Spielbälle der alten reaktionären Beamtenherrschaft im Fahrwasser der Junkerherrschaft tanzen.

Es ist für den Wahlkampf wichtig, klarzulegen, wie es dem preußischen Junkertum, wozu der Adel und der Großgrundbesitz gehört, möglich war, sich so fest in den Sattel zu setzen. Darüber läßt uns in vorzüglicher Weise ein paar Seiten aufgefleht, die natürlich nur als unrettbare Spielbälle der alten reaktionären Beamtenherrschaft im Fahrwasser der Junkerherrschaft tanzen.

Die vom Junkertum für seine Politik benutzten Prinzipien sind im wesentlichen vier: Die Auslese der Untüchtigen für die Leitung der Verwaltung, die Ehrenamtlichkeit der Kreis- und Landgemeindevorstände, die Geheimnisträmerie in der Verwaltung und die Verhöhnung von Stadt und Land mit dem Ziel der Unterdrückung der Gemeinde.

Die Auslese der Untüchtigen geht ganz systematisch vor sich. Kennnisse sind in keiner Weise ausschlaggebend. Bestimmend ist vielmehr die Gesinnung, die jemand mitbringt. Und so erfolgt die Auslese fast ausschließlich aus denjenigen Kreisen, in denen die Gesinnung großgezogen wird, die man braucht. Es handelt sich dabei in erster Linie um den höheren Verwaltungsdienst, dem Regierungreferendarat an aufwärts. Diese Leute werden fast ausschließlich dem Junkertum und vornehmlich dem Adel entnommen. Die Vorbereitung ist das Gymnasium und die Universität, und auf dieser allein offiziell das zünftige Studium. Die größte Rolle aber spielt die studentische Korporation, und zwar das „Korps“. Die Korps mit ihren verhältnismäßig wenigen Mitgliedern und „Ältern“ sind die eigentlichen Herrscher der Staatskarriere für den höheren Verwaltungsdienst. Sie erziehen ihre Mitglieder in der offiziellen Gesinnung, wie sie die Ältern Herren vorschreiben. So vererben sich alle höheren Verwaltungsposten gewissermaßen innerhalb des Nachwuchses der genannten Gesellschaftsschichten seit Jahrhunderten. Schüding sagt daher mit Recht:

„Wenn Stadtvorstands bei uns einen Bürgermeister wählen wollen, und es präsentiert sich ihnen ein Herr mit der Mitteilung, er habe zum Besten zum Hofe, sei ein Feind der Gleichheit, der industriellen Entwicklung und des bürgerlichen Gemeinns, so würden ihn die bürgerlichen Stadtvorordneten für gekostet halten. Dieser selbe Mann kann sich aber jederzeit erfolgreich um ein viel wichtigeres preußisches Verwaltungsamt bemühen, in dem er viele Städte unter sich hat. Und was das schlimmste ist, er bekommt es, oder nur Leute solcher Qualifikation bekommen es.“

Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß in der höheren Verwaltung gegen die Städte ein Haß und eine Verachtung besteht, die sich in der systematischen Unterdrückung aller städtischen Kultur, alles Gemein- und Bürgergefühls bei jeder Gelegenheit kundtun.

Ein wirksames Mittel in der Verhöhnung von Stadt und Land, die ja nun im Kriege wahre Orgien gefeiert

hat. Auf dem Lande, in der Landgemeinde, herrscht der Landrat unumschränkt. Der ehrenamtlich tätige Gemeindevorsteher hat gar keine Zeit, die verwirklichten Beziehungen zu durchschauen, die das Verwaltungsrecht im Laufe der Zeiten geschaffen hat. So bleibt alles dem Landrat überlassen. Selbst der bezahlte Gemeindevorsteher kommt zu solcher Einarbeitung nicht. Er wird mit einer solchen Unsumme „laufender Geschäfte“ belastet, die er unbedingt erledigen muß, daß er zu andern viel wichtigeren Dingen überhaupt nicht kommt.

Ist es schon für den Nichtverwaltungsbeamten schwer, sich in den Wust der Verwaltungsbestimmungen hineinzufinden, so wird die Beurteilung aller der Dinge noch besonders durch die entsetzliche Geheimnisträmerie aufs Äußerste erschwert. Und doch ist es so, daß durch größere Öffentlichkeit unserer Einrichtungen, durch Öffentlichkeit unserer Lehrkonferenzen, Schulkommissions- und Regierungssitzungen Duzende von Beamten ersetzt werden könnten! Denn alle die Aufsichtsorgane könnten wegfallen, weil nichts so „beauftragt“ wirkt, wie demokratische Einrichtungen. Besonders die Kreisverwaltungen arbeiten lächerlich, und die Plenarsitzungen der Regierungen in den Regierungspräsidien, die doch jeden Einwohner interessieren sollten, sind, wie Schüding sagt, so geheim wie die Sitzungen von Verschwörern. In der Schweiz wird über jede solche Sitzung öffentlich berichtet.

Daß das System so hermetisch funktioniert, dazu wirkt auch die Kreisverfassung mit. Denn im Kreistag, der früher indirekt gewählt wurde, so daß nur die „Gefährten“ hineingelangten, hatte der Landrat den Vorschlag. Er berief ihn

Öffentliche Wählerversammlungen

Freitag, den 18. Februar, abends 7 Uhr

- Berlin: Moabiter Gesellschaftshaus, Wielestraße 24, Schulaula, Grelsenhagener Straße 20, Bodbrauerei, Chausseestraße 65, Schulaula, Schiller-Platz, Bank-Café Böttcherstraße, Schulaula, Christianstraße 4-6, Residenzstraße, Landberger Straße 31, Viehhofsbörse, Eldenaerstraße, Schulaula, Oberrealschule, Poststraße, Schulaula, Reichenberger Straße 67, Schulaula, Dieffenbachstraße 60-61, Schulaula, Wallstraße 15, Böhlow-Brauerei, Prenzlauer Allee 243, Neukölln: Schulaula, Oberrealschule, Emser Straße, Kleins Festsäle, Hasenheide, Bukow: abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Wählerversammlung im Restaurant Schulz, Referent: Genosse Rosenkranz, Lichtenberg: Café Bellevue, Hauptstraße 2, Schöneberg: Schwarzer Adler, Hauptstraße 144, Charlottenburg: Schulaula, Pestalozzistraße 90, Wilmersdorf: Aula Oberrealschule, Am Seepark, Spandau: Lokal Koch, Felsstraße, Dranienburg: Schützenhaus, Johannisthal: (7 1/2) Lutzwerfer, Friedrichstraße 10, Fichtenau, Klein-Schönebeck, Horns Kurhaus, Anfang 7 1/2 Uhr, Ref.: Genosse Ritter, Reinickendorf-Ort: Kastanienwäldchen, Schönholz 14, Teltow: Stahrs Gesellschaftshaus, Referent: Genosse Seeger, Zeuthen: (Zeuthen See-Restaurant), Referent: Genosse Radtke, Königswalderhagen: Neues Schützenhaus, Genosse Bruchardt-Chemnitz, Jalkenhagen-Alt-Glienitz: 7 1/2 Uhr bei Haberecht, Friedrichstraße Nr. 2 (Kirche), Ref.: Staatsminister Jädel-Dresden.

Sonnabend, den 19. Februar

- Steglitz: 1/8 Uhr in der Oberrealschule Eitelstr., Referent: Genosse Dr. Wenl, Bernau: 7 1/2 Uhr im Lokal Wellenau, Glienitz (Nordbahn): Abends 7 Uhr, Restaurant Bath, Wilhelmstraße, Ref.: Genosse Claus.

etwa ein- bis zweimal im Jahre ein, so daß die Mitglieder zu den Dingen kaum Stellung nehmen und keine Fühlung gewinnen konnten, selbst wenn sie es wollten. Der Landrat ließ sich sogar oft vom Kreistag die Kredite bereitstellen und wirtschaftete dann damit ohne jede Kontrolle!

Die politische Lähmung der Gemeinden geschah schließlich noch durch den Kreisaußschuß, der im Kreistage sorgfältig ausgewählt wurde und nur dem Landrat genehme Personen enthielt. Hier kam die Gliederung im Kreise, der ganze Kufbau und die Machtverteilung zwischen Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde besonders klar zum Vorschein, der kein anderes Ziel kannte, als Adelsfamilien und Großgrundbesitz unauffällig zu Macht und Ansehen, Einfluß und Bereicherung zu verhelfen und ihnen das Vorhandene zu erhalten.

Soll also im Reiche mit der Reaktion ausgeräumt werden, so ist das nur möglich, indem man radikal die ganze Landratsregierung beseitigt, die Kreise auflöst und überall leistungsfähige Gemeinden schafft, die wie in Oesterreich für staatliche Geschäfte aus eigenem Recht wirken. Das ist die Forderung für den Neuaufbau Preußens.

Nicht weniger schlimm sieht es um die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die so an die Verwaltung angeschlossen ist, daß sie in eigener Sache Richter ist. Ist es da ein Wunder, wenn solche Urteile zustande kommen wie die Ungültigkeitserklärung der letzten Berliner Stadtvorordnetenwahlen mit ihrer unter Umständen katastrophalen finanziellen Wirkung für Berlin? Daß diese Zustände geradezu ein Hoß auf die „Gerichtsbank“ sind, haben wohl schon viele Unbefangene empfunden, wenn sie an praktischen Fällen von den unbegreiflichen Verhältnissen im Verwaltungsverfahren in den Zeitungen lasen.

Was also geschehen muß, um diese Reaktion zu beseitigen, liegt klar: Preußen muß völlig neu organisiert werden. Ebenso wenig wie unter den Gemeinden die Wasserköpfe unerwünscht sind, darf auch der Staat nicht allzu große Selbstverwaltungskörper besitzen. Wir müssen den Provinzen bis zu einem gewissen Grade Selbstverwaltung zugestehen, während dem Land nur die größten zentralen Aufgaben vorbehalten bleiben dürfen, wenn man nicht vorzieht, Preußen und die andern Bundesstaaten überhaupt aufzulösen und im Reich aufgehen zu lassen.

Dieser radikale Umbau ist unbedingt nötig. Denn wenn wir von den ausländischen Arbeitern verlangen wollen, daß sie uns helfen, den unerträglichen Versaillesvertrag zu beseitigen, so müssen wir ihnen selbstverständlich das Unterpfand geben, daß sie das für ihre Klagen offen, das werktätige Volk, tun, nicht aber, um der monarchistischen und kapitalistischen Reaktion wieder aufzuhelfen. Soll sich Deutschland also wieder erheben und ein Kulturstaat werden, so muß in Preußen die reaktionäre Herrschaft zerbrochen und das Land im Innern umgebaut werden. Darum sind die preussischen Wahlen meist über die deutschen Grenzpfähle hinaus so ungeheuer wichtig.

Mütter!

Die Ernährung eurer Kinder ist gefährdet!

Die Agrarier begnügen sich nicht mit den gewaltigen Preissteigerungen für Fleisch, Kartoffeln, Getreide, Eier usw., sie wollen sogar auch den Preis für die Milch erhöhen in die Höhe treiben. Mit Unterstützung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft soll jetzt trotz aller Ablegungen der Abbau der Zwangswirtschaft für Milch eingeleitet werden. Das aber würde eine gewaltige Heraushebung des Preises für Milch bedeuten, so daß Tausende und aber Tausende von Kindern, die jetzt schon an Unterernährung leiden, infolge der unerschwinglichen Preise überhaupt keine Milch mehr erhalten und langsam zugrunde gehen würden.

So sieht die von dem Bürgertum eingeleitete Hilfe für die „Kinder in Not“ in der Praxis aus! Frauen und Mütter! Wählt deshalb am 20. Februar die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew

(7. Fortsetzung.)

Sie sagte: „es war nötig so“ und sah ihn an, und ans ihren schwarzen, umrandeten Augen lächelte bleich und mit entschlossenem Ausdruck und sagte: „es war nötig so“. Ihr Sinn trug ein Grinsen. Es war schwer zu glauben, daß dieser Kopf — dieser böse, bleiche Kopf — noch vor einer Minute an seiner Schulter lehnte und daß er ihn streichelte. „Also so,“ sagte er düster. Er schritt einige Male im Zimmer auf und ab, indem er sich niemals mehr als auf einen Schritt dem Mädchen näherte, und, als er seinen früheren Platz eingenommen hatte, war sein Gesicht fremd, mürrisch und etwas hochmütig. Er schweig und blickte zur Decke, auf welche ein heller, rostig umrandeter Fleck hüpfte. Auch trotz darauf etwas winziges und schwarzes. Wahrscheinlich eine verspätete, herbstliche Blige, die durch die Wärme neu besetzt war. Sie wachte mitten in der Nacht auf, begreift wohl nichts davon und wird bald sterben. Er senkte auf.

„Was freut Sie so?“ Er blickte sie kalt an und wandte sich ab.

„O nichts... aber Sie ähneln wirklich einem Schriftsteller. Sie sind doch nicht böse deswegen? Auch er bedauerte mich zuerst und wurde dann wütend, weil ich vor ihm nicht wie vor einem Heiligenbild betete. So empfindlich ist er. Wenn er der liebe Gott wäre, er hätte kein einziges Opferlammlein nachgelassen!“ Sie lachte.

„Woher kennen Sie denn die Schriftsteller? Sie lesen doch nichts.“

„Es kommt einer her,“ antwortete sie kurz.

Er verzief in Nachdenken. Nichts auf das Mädchen seinen schweren, starren Blick, der auf irgend eine ruhig betrachtende Art auf ihr ruhte. Als ein Mensch, der sein ganzes Leben im Aufruhr verlebte, fühlte er unklar auch in dem Mädchen eine aufrührerische Seele und das regte ihn auf, zwang ihn, zu forschen und zu raten: weshalb sie ihren Zorn gerade über ihn entließ? Und der Umstand, daß sie mit dem Schriftsteller zu tun hatte, mit welchem sie wahrscheinlich sich besprach, daß sie sich bisweilen so ruhig und würdevoll zu halten und so böse zu reden verstand — das alles hob sie unwillkürlich in seinen Augen, und verließ ihrem Schlag einen entrückten und bedeutungsvollen Charakter, als den einer einfachen, hysterischen Ertaugung einer halbrunkenen und

halbnaakten Straßendirne. Während er vorher zwar geärgert, aber nicht im mindesten beleidigt war, begann er jetzt — nach so langer Zeit sich momentan gekränkt zu fühlen und zwar nicht nur geistig, sondern auch physisch.

„Aus welchem Grunde haben Sie mich nun geschlagen, Ljuba? Wenn man einen Menschen ins Gesicht schlägt, so muß man doch sagen, wofür“ — wiederholte er düster und beharrlich seine frühere Frage. Eines Steines Härte und Starrheit ruhten auf seinen vorspringenden Jochbeinen, auf der massiven Stirn, die über seinen Augen wucherte.

„Ich weiß nicht,“ erwiderte Ljuba ebenso hartnäckig, aber sie vermied dabei, ihn anzusehen.

Sie wollte nicht antworten. Er zuckte mit den Achseln und begann von neuem, das Mädchen zu betrachten und zu überlegen. Seine Gedankenarbeit ging gewöhnlich schwerfällig und langsam von Ratten, aber einmal erregt, begann sein Gehirn zu arbeiten; — mit aller Kraft unbeschleunigt, fast mechanisch, er wurde zu einer Art hydraulischer Presse, die, langsam niedergehend, Steine zermalmt, eiserne Balken biegt und Menschen, die darunter geraten, langsam und unaufhaltsam erdrückt. Ohne sich nach rechts oder nach links umzusehen, von allen Sophismen, halben Antworten und Andeutungen unberührt, bewegte er seine Gedanken schwer, ja qualvoll von der Stelle, bis sie hell auslachten oder zu jener äußersten logischen Grenze gelangten, jenseits welcher Geheimnis und Lüge sind. Er vermochte nie sein Denken von sich zu trennen, er dachte als ein Ganzes, mit seinem ganzen Körper und jede logische Schlussfolgerung wurde für ihn auch gleich zur Handlung und Wirklichkeit, — wie dies nur bei sehr gebunden, unmittelbaren Naturen zu sein pflegt, die aus ihrem Denken noch kein Spielzeug gemacht haben.

Aufgeregt und aus dem Gleis gebracht, glück er nun einer gewaltigen Lokomotive, die mitten in der schwarzen Nacht entgleist ist, und gar wunderbar über Stoa und Stein zu torenlos beginnt. — Er suchte einen Weg und war entschlossen, ihn, koste es, was es wolle, zu finden. Aber das Mädchen verharrte in ihrem Schweigen und hatte anscheinend gar keine Lust, sich in ein Gespräch einzulassen.

„Ljuba, lassen Sie uns ruhig sprechen. Man muß doch...“

„Ich will aber nicht ruhig sprechen...“

„Bald darauf.“

„Hören Sie, Ljuba, Sie haben mich geschlagen. Ich will das nicht auf sich beruhen lassen.“

„So, was wollen Sie denn mit mir beginnen? Mich etwa vors Gericht schleppen?“

„Nein. Aber ich werde so lange zu Ihnen kommen, bis Sie sich erkärt haben werden.“

„Immerzu! Willkommen! Die Wirtin hat den Profit davon.“

„Ich werde morgen kommen... dann überm...“ Und plötzlich, fast gleichzeitig mit dem Gedanken, daß es ihm morgen, noch übermorgen, möglich sein wird, zu kommen — kam ihm die Vermutung, nein, die Gewißheit, warum das Mädchen, an ihm so gehandelt hatte. Das machte ihn sogar fröhlich.

„Ach — so ist es! Sie schlugen mich also, weil ich Sie bedauerte, weil ich Sie mit meinem Mitleid beleidigte? Ja... es kam dumm heraus. Zwar — ich wollte es wahrhaftig nicht, aber es mag in der Tat fränkend wirken. Selbstverständlich. Da Sie nun doch einmal genau so ein Mensch sind, wie auch ich...“

„Genau so?“ Sie lachte auf.

„Nun lassen Sie es schon gut sein. Geben Sie mir die Hand. Wollen uns vertragen.“

Ljuba erbleichte wieder leicht.

„Sie wollen wohl wieder eine in die Presse?“

„Nicht doch. Ihre Hand sollen Sie mir reichen. Nur ganz einfach Ihre Hand. Kameradschaftlich — nur einfach kameradschaftlich!“ rief er mit Innigkeit, sogar im Wah, aus irgend einem Grunde. Aber schon war Ljuba aufgestanden und entfernte sich einige Schritte von ihm.

„Wissen Sie was?... Entweder sind Sie ein Narr, oder man hat Sie wirklich noch zu wenig geprügelt. Nein, bei Gott, ganz wie mein Dichter. Auf ein Paar, mein Dichter! Ja, wie soll man Sie denn nicht prügeln, mein Bester?“

Das Wort „Dichter“ war für sie anscheinend ein Schimpfwort, und sie legte einen besonderen, bestimmten Sinn hinein. Und schon mit ganzer, mit vollkommener Verachtung, ohne ihn für voll zu nehmen, als wäre er eine bloße Soße, ein hoffnungsloser Idiot oder Betrunkener — durchmaß sie befreit das Zimmer und warf nur so hin:

„Habe ich dir wehgetan, wie? Warum winselst du also?“

Er antwortete nicht.

„Ja, mein Dichter sagt, daß ich arg rause. Aber vielleicht hat er ein etwas feineres Gesicht, während man auf deine Bauernstraße so viel man will, drechseln kann, ohne daß du es fühlst. Ach ja! Gar manchem Kerl habe ich schon auf's Maul geschlagen, aber feiner dauerte mich so, wie mein Dichterteil. Du nur zu, sagte er, du nur zu, geschickt mir schon recht. Beflossen... freischelbeludelt — selbst ihn zu schlagen, ehest er. Soß! ein Gesindel! Und an deiner Fräse hab ich mir sogar die Hand angeschlagen! Da — küsse, was du geschlagen hast!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Ausnahmeprozess in Kassel

Kassel, 17. Februar 1921

In der heutigen Verhandlung wurde dann in der Vernehmung des Angeklagten Harbich fortgesetzt. Der Vorsitzende legte eine von ihm herbeizuholende Urkunde vor, die einen Unterbezirksleitungsbeschluss vom 21. 12. 1920 darstellt und in der es heißt, daß auf der Unterbezirkskonferenz in Dortmund am 26. Dezember jeder Leiter und Kurier mit einem Bericht anzuwenden sein müsse, da er, Harbich, am 23. 12. in Essen ausführlich Bericht erstatten müsse. Vorsitzender: Wem wollten Sie denn in Essen Bericht erstatten? — Der Angeklagte schweigt. Vorsitzender: Der Befehl, nach dem Sie in Essen Bericht erstatten sollten, war doch von Wilhelm Tell unterzeichnet. Sie haben diesen Befehl also an die Kreise und Ortsleitungen weitergegeben. Was für einen Zweck verfolgten Sie denn damit? Hier heißt: „Allgemeine Anweisung für die Dezerenten. Die Dezerenten unterstehen direkt der R. O. L.“ Was heißt denn R. O. L.? Angeklagter: Das heißt Militärische Oberleitung. Vorsitzender: Weshalb haben Sie denn diesen Ausdruck gewählt, wenn es sich nur um eine politische Vereinigung handelt? — Angeklagter Harbich: Es war eine Selbstschutzorganisation. Vorsitzender: Militärisch oder politisch? Angeklagter: Dem Sinne nach war sie militärisch. Der Vorsitzende verliest dann diese Anweisungen, die zerfallen in 1. Mobilmachung, 2. Waffendeckung, 3. Verpflegungsdezerent, 4. Finanzdezerent, 5. Pfandwesen, 6. Nachrichtenendienst, 7. und 8. Bezirkskommando, 9. Beurteilung, 10. Ausbildungsdezerent, 11. Löhnung, 12. Familienunterstützungen. Rechtsanwalt Dr. Wolff weist bei der Verlesung darauf hin, daß sich unter dem, in seinen Händen befindlichen Originalmaterial, ein Plan befinde, der

eine verteilte Mithilfe mit diesem Material habe.

Vorsitzender zum Angeklagten Harbich: Wie sind Sie denn nun zu all dem gekommen? Angeklagter: Manches bekam ich durch Kurier von Essen, und zwar nach Weihnachten. Einiges habe ich dann selbst hinzugefügt. Vorsitzender: Wer hat diese Pläne ausgearbeitet? Angeklagter: Ein unbekannter Genosse von der Bezirksleitung Essen. Vorsitzender: Was haben Sie nun auf Grund der Anleitung getan? Angeklagter: Ich habe den Unterbezirksleitungsbeschluss geschrieben und ihn in mehreren Exemplaren an die 15 Kreisstädte geschickt, die sich dann mit den Ortsleitungen in Verbindung setzen sollten. Vorsitzender: Haben Ihnen denn die Leute den Bericht erstattet? Angeklagter: Dazu sind wir nicht mehr gekommen.

Der Vorsitzende liest dann eine andere Urkunde vor. Hier heißt es in dem Unterbezirksleitungsbeschluss Dortmund: „Der ganze Aufbau der Organisation erfolgt im Rahmen einer Armee. Strengste Mannszucht ist zu unserem Erfolgswort erforderlich.“ Dann heißt es weiter: „Das Finanzwesen, Beschlagnahmen von Bankguthaben und Privatvermögen sowie eventuelle Erfassung von Edelsteinen und Goldwaren. (Zum Angeklagten): Wie haben Sie sich denn dazu gedacht? Sollte das ein größerer Raubzug werden? Angeklagter: Wir rechneten damals mit einem umfangreichen Rechtsputz.

zu dessen Abwehr wir Geld brauchten. Vorsitzender: Wie wollten Sie Ihre eigenen Leute bezahlen? Angeklagter: Wir wollten das Geld beschlagnehmen und für die Kasse der Armee verwenden. Vorsitzender: Dann heißt es hier weiter: „Kurierlinien nach den Unterbezirksleitungen und den Ortsleitungen sind auszubauen, wie nach Essen, Bielefeld, Hagen, Recklinghausen, Münster usw., so auch nach J. O. L.“ Wo war denn die? Der Angeklagte verweigert hierauf die Antwort.

Auf Befragen der Staatsanwaltschaft und des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte Harbich, daß er die Kenntnisse über den Aufbau der militärisch-politischen Organisation der Roten Armee und die Verwendungsmöglichkeit gewisser Leute nicht nur aus eigener Bekanntschaft mit den betreffenden Personen habe, sondern auch von den Ortsgruppen der R. A. P. D. über die Zuverlässigkeit und Verwendungsmöglichkeit besonderer Vertrauter erhalten habe. Er habe bei der Anfrage über die in Frage kommenden Personen, Untersucher usw. den Betroffenen mitgeteilt, es handle sich um die Gründung einer illegalen Organisation. Was das bedeuten solle, werde die R. A. P. D. wohl auf Grund ihres Parteiprogrammes gemutmaßt haben. Militärisch habe die R. A. P. D. mit der illegalen Organisation nichts zu tun. Es wird dann eine bei den Akten liegende Zeichnung besprochen, die eine Karte von Harbichs Bezirk Dortmund-Lünen darstellt. Die Stadt ist in der Mitte aufgeteilt und von ihr aus führen verschiedene Linien nach den Landbezirken der Kreisstädte. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß diese Kurierlinien seien, für den Fall, daß ein Rechtsputz entstehe. Vorsitzender: Wollten Sie denn den Vormarsch gegen Dortmund ohne Waffen unternehmen? Angeklagter nach längerem Zögern: Wir wollten uns

in den Besitz der Waffen der Bürgerlichen setzen.

Wie wollten Sie durch Zerkleinerung dieser Organisation erreichen. Vorsitzender: Und wie denken Sie sich diese Zerlegung? — Angeklagter: Durch Spindel und durch Flugblätter. Ein Zeitschrift: Wie brachten Sie denn die Intelligenz auf, diese immerhin sehr komplizierte Organisation zu bewältigen? — Angeklagter (zögernd): Ich habe eine Unteroffizierskategorie besucht und mir dort die nötigen Kenntnisse angeeignet.

Es wurde sodann in die Besprechung der Dokumente eingetreten, die über die in den Papieren der Organisation benutzte Schlüsselchrift Aufschluß geben. Diese Schlüsselchrift besteht aus Zahlen sowie senkrechten und waagerechten Strichen und läßt sich durch den sogenannten „kleinen Briefmarkensammler“ entschlüsseln. Weitere Urkunden, die bei dem Angeklagten vorgefunden wurden, enthalten das Material über die Stärke des Gegners, also der Reichswehr, Eipo, Orgeja usw. Sie enthalten genaue bis ins einzelne gehende Aufzeichnungen über die Ausrichtung, Zusammenfassung, die Führer der Formationen und die Einrichtungen von geheimen Bureaus. Harbich bemerkt hierzu, daß er diese Aufzeichnungen von seinem Kreisabsolventen bekommen habe. Vorsitzender: Sie müssen ja sofort gearbeitet haben, denn Sie müßten doch alle diese Sachen für die Hilfszentralstelle abschreiben? Angeklagter: Ja, ich habe auch oft zwei oder drei Nächte durchgearbeitet und bin dann morgens um 6 Uhr wieder an die Arbeit gegangen. Besondere Vergütungen für seine Leistungen will der Angeklagte nicht bekommen haben; nur seine Auslagen seien ihm ersetzt worden. Es wird dann einer der vielen Befehle vorgelesen, die der Angeklagte Harbich

an seine Genossen verfaßt hat.

Er betrifft eine Einladung zu einer Versammlung und enthält den Vermerk „Niedere Richtlinien von Jaiber mitbringen“. Näheres über diese Richtlinien will der Angeklagte nicht mehr wissen, nur daß sie teils von der Bezirksleitung, teils von ihm selbst verfaßt worden seien. — Vorsitzender: Hier heißt es aber mehrmals R. A. L. Was heißt denn das nun? — Der Angeklagte gibt hierauf keine Antwort. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Es heißt „Militärische Abwehrtruppe“. — Vorsitzender: Sie legen dem Angeklagten die Antwort nur zu lebenswichtig in den Mund. — Als nächstes Schriftstück wird das Protokoll eines Referates besprochen, das von Schröder in einer Konferenz in Hörde gehalten wurde und in dem es zum Schluß heißt, daß rücksichtsloses Durchgreifen gegenüber dem Lumpenproletariat erforderlich sei und daß die Führer nicht gewählt, sondern von der Partei bestimmt würden. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Hat Schröder tatsächlich gesagt, daß die Führer nicht gewählt, sondern von der Partei bestimmt würden? — Der Angeklagte schweigt anfangs und meint dann zögernd, Schröder könne wohl auch gesagt haben, daß sie von der Oberleitung bestimmt würden. — Vorl.: Wann haben Sie denn Ihre Besprechungen in der ganzen Sache angefangen? — Angeklagter: Am 7. November in Essen. Die nächsten Besprechungen waren am 17. November und am 4. Dezember. — Vorsitzender: Ist nie die Rede davon gewesen, daß unabhängig von der

Orgeja die Rote Armee auch aggressiv vorgehen solle? — Angeklagter: Nein, niemals. — Vorsitzender: Was wollen Sie als Kommunist denn eigentlich für Ziele erreichen? — Angeklagter: Die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und den Aufbau des proletarischen Staates. — Vorsitzender: Dann müssen Sie doch aber auch über die Art und Weise gesprochen haben, wie Sie zu diesem Erfolge kommen wollen. Es muß doch unter Anwendung einer gewissen Gewalt geschehen. — Angeklagter: Nein. Bei den vorliegenden Verhältnissen unter der deutschen Arbeiterklasse und bei der Stärke der Orgeja und der Polizei ist das gar nicht möglich. — Vorsitzender: Wenn nun aber der erwartete Rechtsputz überhaupt nicht kam, dann konnte doch die Arbeiterklasse ihre Ziele nie erreichen. — Angeklagter:

Vielleicht konnten wir es dann auf parlamentarischen Wege erreichen.

Der Vorsitzende weist dann eine weitere Urkunde vor, die sich auf die im Unterbezirk des Angeklagten angefertigten Ermittlungen über das Sanitätswesen bezieht; des weiteren folgende Schriftstücke: „Die Ermittlungen für das Finanzdezerent mit Aufzeichnung der Postämter, Banken, Sparcassen und Goldwarengeschäfte, für das Bekleidungsdezerent mit den Geschäften für Federn und Wollwaren, für das Verpflegungsdezerent mit der Liste der Großbäckereien und Küchen, für das Fahrwesen mit Angabe der Geländeanzahl der Personautos, Lastautos, Kollwagen, Pferde, Fahrräder, zuverlässigen Chauffeurs, Träger von Benzin, Benzol und Fett und Reparaturwerkstätten.“ Vorsitzender: Das sollte also alles als militärische Organisation für den Fall eines Rechtsputzes ins Leben gerufen werden? — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Es müßte auch gerade im Ruhrgebiet geschehen, weil dort die Arbeiter nach den Kapplagen zu Tausenden von den rechtsstehenden Organisationen niedergemetzelt wurden. Wir werden Beweismaterial für die Pläne bringen, die schon seit 1 1/2

Die unübertreffliche Konfusion

In der Nr. 77 vom 16. 2. (Morgen-Ausgabe) schreibt die „Rote Fahne“ unter dem Titel „Der Weg zum Kommunismus“ u. a.: „U. S. P. und S. P. D. sind sich darüber einig: dem Sozialismus gehört die traumhafte ferne Zukunft; die Gegenwart gehört dem „Wiederaufbau“ — dem „Kapitalismus“. Und einige Zeilen weiter liest man: „Wir (die Kommunisten) sagen: Jede Handreichung für den Kapitalismus heute ist ein Schlag gegen alle Werkstätten und eine Zerkürung der Grundlagen der Zukunft der arbeitenden Menschheit.“

Was sagt und tut aber Lenin?

Nach der „Kolla“ führte er auf dem 8. Moskauer Sowjetkongress am 22. Dezember folgendes aus: „Die Konzeptionen, die wir den Kapitalisten machen, sind eine gewisse Lockspeise für dieselben. Auf dem Wege der Konzeptionen werden wir die Kapitalisten für die Teilnahme an dem Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft gewinnen.“ Derselbe Lenin sagte auf einer Konferenz der Vertreter der kommunistischen Zellen (nach der „Krahnaja Gasetta“):

Vorkäufig bietet uns das bürgerliche Kapital noch Vorteile. Wenn das ausländische Kapital sich um Konzessionen bei uns bewirbt, so ist das ein Beweis dafür, daß wir unbefehigbar sind.“

Jeder denkende Arbeiter ersieht hieraus die „Klarheit“ der kommunistischen Politik, den Widerspruch in ihren Reden und ihrem Handeln, ihre Unwahrheiten und Verleumdungen aller Andersdenkenden.

Darum keine Stimme diesen „Vereinigten Konfusionsisten“.

Jahren unter den Rechtskreisen besessen und die jetzt die Arbeiter zur Abwehr zwingen. — Der Verteidiger überreicht dem Gericht einen Putschplan der Orgeja aus dem Kreise Siegen, in dem ein Bergarbeiter Willig als Leiter der Organisation angegeben ist. Gleichzeitig beantragte der Verteidiger, die in den Schriften genannten Personen als Zeugen zu laden, daß in dem genannten Kreis seit Dezember 1920 eine detaillierte Organisation bestünde. Auf Aufforderung des Verteidigers erzählt dann Harbich seine Erlebnisse während des Kampfs im Ruhrrevier. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Auf dem Rückzug sind dann die Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern erschossen worden. — Angeklagter: Davon habe ich nichts gesehen. — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Ich habe hier eine Broschüre, aus der hervorgeht, daß die Arbeiter ohne Grund erschossen worden sind. — Staatsanwalt Dr. Meyer: Und die Fälle von der anderen Seite? Wollen Sie auf die nicht auch eingehen, Herr Rechtsanwalt? — Rechtsanwalt Dr. Wolff: Bitte, nennen Sie solche Fälle. — Staatsanwalt Dr. Meyer: Ich verzichte darauf. Hierauf wurde die Verhandlung auf Freitag vormittag 8 Uhr vertagt.

Immer wieder die Klassenjustiz

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, daß unsere Justiz von den Willen der Revolution so gut wie unberührt geblieben ist, so würde er durch einen Prozeß geführt werden, der in letzter Instanz das Oberlandesgericht Dresden beschäftigte. Der Gewerkschaftssekretär Berg stand unter der Anklage der Nötigung. Und worin bestand das Vergehen des Angeklagten? Während des Streiks der Dresdener Bankangestellten war der Direktor der Deutschen Bank in Dresden Jauch, eines Morgens um etwa zwanzig Streikenden am Betreten des Bankgebäudes verhindert worden, trotzdem die Polizei sich für den Herzins Zeug legte. Der Angeklagte, der Leiter des Streikkomitees, hatte in unmittelbarer Nähe davon gestanden, sich aber an der Handlungswelt der Streikenden nicht beteiligt, wohl aber hatte er dem Direktor erklärt, er möge nur seinen Herzenswunsch einmal ausgeben und sich von der Streikleitung einen Ausweis holen. Den Polizeibeamten gegenüber hatte er bemerkt, daß die Streikposten nur der Gewalt weichen würden. Als die Situation höchst kritisch zu werden anlang, hat der Direktor von seinem Vorhaben Abstand genommen.

B. ist in erster und zweiter Instanz wegen Nötigung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte sei — so wurde gesagt — als der spiritus rector bei dem ganzen Vorgang erschienen. Ob er sich selbst beteiligt habe, sei unwesentlich. Der Angeklagte sei nicht als ein der Gewalt abgeneigter Vermittler aufgetreten, sondern habe die Streikenden zu ihrem Vorgehen geradezu aufgemuntert. Die Verwirklichung der Drohung würde den Tatbestand von § 113 oder 114 des Strafgesetzbuchs erfüllen haben. Das Streikrecht schließt die kraftbare Begehung der Nötigung nicht aus. Mit der Revision des Angeklagten wurde dargelegt, daß die Anklage, es würde nur der Gewalt gewichen werden, doch gerade zum Ausdruck gebracht werde, daß man der Gewalt keine Gegengewichte entgegenstellen wolle. Außerdem verlange das Gesetz eine unmittelbare Bedrohung des Bedrohten selbst. Davon sei in vorliegendem Falle aber keine Rede, denn die Drohung hätte sich nur gegen die Polizeibeamten gerichtet. Vor allem fehle es aber an einem der notwendigen Merkmale der Nötigung, nämlich, daß der Bedrohte die Verweigerung selbst gehört haben muß. Nach den Feststellungen des Landgerichts sei das aber nicht der Fall. Wenn das Landgericht die Verurteilung des Angeklagten, der Direktor möge doch endlich einmal seinen Herzenswunsch abgeben, als überflüssig bezeichne, so bringe es damit seine stillschweigende Zustimmung zum Ausdruck, daß der Angeklagte sich erehrte, die Anforderungen der Gleichberechtigung für die Arbeiter zu erheben. — Der Oberstaatsanwalt vernichtete

zwar auch nicht alle Ausführungen im angefochtenen Urteil zu unterschreiben, gab vielmehr zu, daß eine Mehrheit von Punkten auf einen Rechtsirrtum hindeute, meinte aber, daß nur eine Anklage vorliege, die nicht zu der Annahme verleitete, die Richter hätten ihre Pflicht, nur rein sachlich zu entscheiden, verkannt. Das Oberlandesgericht hat die Revision zurückgewiesen. Es hat sich keine Entscheidung sehr leicht gemacht. Es sagte nämlich, die Auslegung der intrinierten Revision bediene sich auf tatsächlichen Gebiete und sei für die Revisionsinstanz bindend. Die Drohung mit dem Widerstand gegen die Polizei war ein Verbrechen im Sinne des § 114. Wenn auch das angefochtene Urteil sich noch hätte schärfer aussprechen können, so dürfte es doch noch als ausreichend zur Verurteilung angesehen werden.

Die Angeklagten ersehen aus diesem Urteil, daß sie genau so wie die Arbeiter der Klassenjustiz zum Opfer fallen, wenn sie es wagen, ihren berechtigten Interessen gegenüber den Vertretern des Kapitals wahrzunehmen.

Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Das Zentralkomitee der Radfahrer zur Wahlhilfe am Sonntag, den 20. Februar, befindet sich bei Heinrich, Kungestr. 7. Telefon Moritzpl. 4472.

Alle Radfahrer, welche Mitglied unserer Partei sind, treffen sich dort Sonntag, morgens 8 Uhr. Auch werden diejenigen Parteigenossen gebeten, die im Besitz eines Fahrrades sind, um dieselbe Zeit anwesend zu sein.

Für die Distrikte und Orte genügt ein telefonischer Anruf, um die benötigten Kreise zur Stelle zu rufen. Die Geschäftsleitung.

Unser Wahlrecht

Wichtig für alle Wähler

Am 20. Februar muß jeder Wähler und jede Wählerin selbst wählen gehen. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

Vor dem Wahllokal erhält der Wähler den Stimmzettel, der so aussieht:

Landtag — Provinz — Kreis

Unabhängige Sozialdemokratische Partei

In diesem Stimmzettel darf nichts geändert, nichts gestrichen und nichts hinzugeschrieben werden, da er sonst ungültig wird. Jeder achte genau auf die Richtigkeit des Stimmzettels.

Im Wahllokal erhält jeder Wähler einen amtlich gestempelten

Wahlumschlag

mit dem Ausdruck: Landtagswahl. In diesen steht man den Stimmzettel. Andere Wahlumschläge dürfen nicht verwandt werden. Mit dem Wahlumschlag tritt der Wähler darauf an die Wahlurne, nennt seinen Namen und seine Adresse und gibt den Wahlumschlag mit Stimmzettel dem Wahlvorsteher, der ihn in die Wahlurne legt. Wo auch für die Provinziallandtage und Kreistage gewählt wird, erhält der Wähler einen zweiten Umschlag mit der Aufschrift: „Provinziallandtag — Kreistag“. In diesen Umschlag wird der gleiche Stimmzettel gesteckt und wie oben geschildert abgegeben. Damit ist der Wahlakt beendet.

Proletarier! Am 20. Februar muß jeder von Euch seine Pflicht erfüllen. Keiner darf fehlen. Die Preußenwahlen sind diesmal wichtiger als die Reichstagswahlen. Werbt unermüdet für die

Unabhängige Sozialdemokratische Partei

Verleumdungen auch in Berlin

Bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts III schwebt gegenwärtig ein Verfahren gegen mehrere Personen, die während der Zwangswirtschaft mit dem Berliner Viehhandelsverband und dem Magerviehhof in Verbindung standen. Während des Krieges wurde mit Beginn der Zwangswirtschaft für Fleisch eine Viehjammerstelle auf dem Magerviehhof eingerichtet, und der Provinzial-Viehfleischstelle unterstellt. Sowohl der Leitung des Magerviehhofes, als auch dem Viehhandelsverband wurden nun Normwürr gemacht, daß unter ihrer Amtsführung grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, deren Aufdeckung erst vor einigen Monaten erfolgte. So richtete sich ein Verfahren gegen Frank und Genossen, denen vorgeworfen wird, aus Deutschland Vieh ins besetzte Gebiet verschoben zu haben. Die Anklage geht gegen die Firma Frank in Köln, welche das Vieh, 94 Wädhöfen, ohne Ein- und Ausfuhrbewilligung von Berlin nach Köln geschickt hat. Die Wädhöfen wurden durch den Berliner Markt-Kommissar Gutzeit erworben und nach Köln befördert. In dieser Angelegenheit ist bereits der Direktor des Berliner Magerviehhofes, Jellert, vernommen worden, der in seiner amtlichen Eigenschaft die Ausfuhr des Viehs nach dem von den Engländern besetzten Köln hätte verhindern müssen. Weiter soll Aufklärung darüber geschossen werden, ob der Viehhandelsverband einem Händler Müller in Potsdam die Einfuhrbewilligung von 700 Zuchtschweinen für das Gut Lützenhof gegeben hat, die nachher geschlachtet worden sind. Viehliche Abschaltungen von Mladivich sollen in Reußland, Kottbus und Tempelhof vorgekommen sein. Schließlich soll sich die Untersuchung auch darauf erstrecken, ob nicht besondere Bevorzugungen einzelner Viehhändler bei der Einfuhr von Schlacht- und Zuchtvieh stattgefunden haben. In einem Fall wird behauptet, daß ein Händler L. 4000 Rinder aus Schleswig-Holstein mit Genehmigung des Viehhandelsverbandes eingeführt habe, obwohl von anderer Seite dasselbe oder gleiches Vieh um 40 Mark pro Zentner billiger angeboten wurde, und daß so eine Wertverwertung des eingeführten Viehs von rund 1 Million Mark entstand.

Im Zusammenhang damit werden gegen die Leitung des Magerviehhofes schwere Vorwürfe erhoben, daß man während der Zwangswirtschaft die bei den Viehtransporten entstehenden Gewichtsverluste nur sehr oberflächlich, zum Teil gar nicht verbucht und daß so der Allgemeinheit erheblicher Schaden entstanden ist. So habe der Magerviehhof im September 1917 bei einem Einkauf von 800 bis 1000 Rindern durch den Umstand, daß die Gewichtsverluste nicht festgestellt wurden, 100 000 Mark verloren. Später stellte sich dann noch heraus, daß die bayerischen Lieferanten für das gelieferte Vieh noch höhere Preise in Anrechnung gebracht hätten. Auf dem Magerviehhof sei es im Sommer 1917 fast in jeder Woche mehrmals vorgekommen, daß die mit der Eisenbahn angelieferten Rinder überhaupt nicht auf ihr Gewicht nachgeprüft, sondern daß die von den Lieferanten angegebenen Gewichte als maßgebend angenommen wurden.

Es wäre im allgemeinen Interesse sehr zu wünschen, wenn die vom Staatsanwalt Dr. Keiler geleitete Untersuchung möglichst bald zum Abschluß gelangte, um über die angegebenen Tatsachen eine klare Aufklärung zu schaffen.

Düngemittelschieber im ganzen Reich

Ueber die Verschlebung von Düngemitteln ins Ausland teilt das Landespolizeiamt beim Ministerium des Innern mit: Diese Verschlebung werden bereits seit mehreren Monaten energisch verfolgt und haben zu zahlreichen Festnahmen an verschiedenen Plätzen des Reiches geführt. Unter anderen wurden vor einiger Zeit ein Hilfsreferent der hiesigen Außenhandelsstelle für Chemie namens Rißfeld und seine Amtsvorgängerin Fräulein Rabens verhaftet. Die letztere hatte nach ihrem Ausschleiden aus der Außenhandelsstelle mit dem Kaufmann Henrichens in Charlottenburg, Wielandstr. 33, die „American-Chemical-Produkte“ gegründet. Beide betrieben einen umfangreichen Export von Düngemitteln. Die Ausfuhrbewilligungen „belegte“ er in die Außenhandelsstelle hineingeschobene Rißfeld gegen entsprechenden Gewinn. Eine Bewilligung aus dieser Quelle ging nach Köln, von da nach Koblenz in die Hände eines Spektors und wurde dann in Holland mit falschen Stempeln der Eisenbahn- und Zollverwaltung versehen. In Köln führte der frühere österreichische Konsul Dr. Leichanowski die notwendigen Geschäfte. Wegen dieser Vorgänge schwebt gerichtliche Voruntersuchung in Köln. Ein großer Teil der Beschuldigten befindet sich in Haft. In Frankfurt a. Main wurde vor kurzem der Kaufmann M. Rothchild wegen Verschlebung von Chemikalien nach Holland dem Richter vorgeführt, aber gegen eine Sicherheitsleistung wieder in Freiheit gesetzt. Rothchild benutzte nicht gefälschte Ausfuhrbewilligungen, sondern sogenannt statische Erklärungen, die von den Zollbeamten auf Grund vorgelegter Einfuhrbewilligungen ausgefertigt werden. Rothchild will sie von einem bisher nicht ermittelten Kaufmann Landsberg an der Frankfurter Börse für 50 000 M. erworben haben. In dieser Angelegenheit wurden im Hamburger Hafen große Mengen von Chemikalien und Medikamenten beschlagnahmt, die teilweise von einer süddeutschen Großbank besessen sind. Wegen ähnlicher Verschlebung, in die Beamte der Reichs-Industrie Mitteldeutschlands verwickelt sind, befindet sich ferner ein Kaufmann Sattler im Berliner Untersuchungsgefängnis. Auch gegen die Firma Roos u. Co. in Berlin, Mohrstr. 15, schwebt ein Verfahren wegen verbotener Ausfuhr von Chemikalien nach Amerika auf Grund gefälschter Ausfuhrbewilligungen. Ein Mitinhaber der Firma, Benjamin Roos, konnte sich von der ihm drohenden Untersuchung nur durch Stellung einer Sicherheitsleistung von einer Million Mark befreien. Die in Frage kommenden Werte gehen in die Millionen, die hinterzogenen Ausfuhrabgaben sind entsprechend hoch.

Die Wirtin aus der Königgräberstraße hat trotz allen Nachforschungen der Kriminalpolizei noch keine Aufklärung finden können. Die Ueberfallene, das Dienstmädchen Wladislaw Belchewski, hat sich nach der Operation jetzt wieder soweit erholt, daß sie von den Kriminalkommissaren Dr. Grünberg und Bünzger wiederholt vernommen werden konnte. Sie machte jedoch, wahrscheinlich infolge ihres leidenden Zustandes, widersprechende Angaben. Als sie sich in einem verhältnismäßig günstigem Zustande befand, gab sie über das Verbrechen folgende Angaben: Als sie morgens zur gewohnten Zeit aufstehen sei, habe sie wie immer in dem kleinen Wartenraum und im Bureau Licht angezündet. Dann habe sie die auf dem Borsturz belegene Toilette aufsuchen wollen, dabei aber entdeckt, daß die Treppentür aufstand. Im selben Augenblick sei ein Mann auf sie zugezogen und habe sie sofort mit den Worten: „Ruhig, oder ich mache dich kalt!“ angefaßt. In ihrer ersten Angst sei sie davongelaufen und sei, trotzdem sie noch nicht angekleidet war — sie trug über der Wäsche nur den Mantel —, die Treppe hinauf auf den Dachgarten gelaufen. Dort habe sie sowohl nach der Königgräber Straße zu wie auch nach dem Halleischen Tor um Hilfe gerufen. Es habe sie jedoch niemand gehört, und sie sei dann nach einer Weile, als sie in der notdürftigen Kleidung gefroren habe, wieder in die Wohnung hineingegangen. In dem Glauben, der Eindringling sei wieder verschwunden, habe sie sich an die Arbeit gemacht.

Ganz unerwartet sei ihr dann ein Sack über den Kopf gezogen worden, und dann habe sie den Schlag über den Kopf erhalten. Den ihr angeblich unbekanntem Mann beschreibe sie als mittelgroß mit schwarzem Schnurrbart, der einen großen, schwarzen Hut und schwere Stiefel trug. Nach dieser Darstellung des Mädchens muß es sich um einen Einbrecher handeln, der von ihm gestört worden ist. Gestohlen ist aber gar nichts, obwohl in dem Bureau eine Kaffeemaschine auf dem Tische stand. Die Angaben der Ueberfallenen erscheinen jedoch wenig glaubwürdig. Auch die Erzählungen, die das Mädchen dem Rechtsanwalt und seiner Frau über seine Kirchgänge und seine Befehle des Jungfrauenvereins gemacht hatte, haben sich beim Nachprüfen als unwahr herausgestellt. Wahrscheinlich hat sie sich bei diesen Ausgängen mit Männern getroffen, mit denen sie keinen Umgang gehabt haben will. Auffällig ist es, daß der Mann, der sich bei dem Ueberfall unbedingt stark mit Blut bedeckt haben muß, nirgends gesehen worden ist. Wer darüber noch Mitteilung machen kann, wird unter Hinweis auf die Belohnung von 5000 Mark ersucht, sich im Zimmer 190 des Berliner Polizeipräsidiums (Hausanruf 411) zu melden.

Zugen gesucht. Personen, die den Vorfall in der vorletzten Nacht in der Elbinger Straße, Ecke Bernauerer Straße beobachtet haben, bei dem ein Beamter in Begleitung eines Dienstbundes den Schneider Karl Bahwald erhob, werden um Abgabe ihrer Adresse an Frau Bahwald, Weihensee, Weidenstr. 26, gebeten.

In den Parteien des Stettiner Bahnhofs wurden 28 männliche und 13 weibliche Personen festgenommen. Nach Prüfung ihrer Papiere mußten 11 Personen den Weg zur Wache antreten.

Die Räume der 6. Wohnungsinspektion, Weinbergsweg 12, sind von jetzt ab nur noch am Mittwoch und Sonnabend für Abstempelung von Mietverträgen und polizeilichen Anmeldungen und für vorgeladene Personen geöffnet.

Milchlieferung. Am 18. Februar werden die 1/2 Liter Krankenarten nicht geliefert. Die 1/2 Liter Krankenarten werden voll geliefert. Am 19. Februar erhalten die 1/2 Liter Krankenarten nur 1/2 Liter frische Milch, die 1/2 Liter Krankenarten werden voll geliefert. Die übrige Lieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Lieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden, soweit sie nicht bereits dem Milchamt Berlin angeschlossen sind.

Das Märkische Museum bleibt am Wahltage, Sonntag, den 20. Februar 1921, für die Besichtigung geschlossen.

Der Verkauf von zerlegtem Brennholz (Stammholz) im Kleinhandel in Mengen von weniger als 1/4 Raummeter ist nur im 3-Schnitt (etwa 25 Zentimeter Länge) oder 4-Schnitt (etwa 20 Zentimeter Länge) in geachteten Reihbänken von 0,2, 0,1, 0,05 und 0,02 Quadratmeter zulässig. Bündelholz, Lamaholz und Küchenholz darf im Kleinhandel nur im 6-Schnitt (etwa 14 Zentimeter Länge) in geachteten Reihbänken von 0,02 Quadratmetern verkauft werden. Der Verkauf in anderen Schnitten und in anderen Mäßen, insbesondere nach Gewicht, Klepen und dergl. ist verboten. Stubben und Holzabfälle dürfen nach Gewicht verkauft werden. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Näheres ergeben die Säulenanschlüsse.

Arbeiter-Nachahrer-Bund „Solidarität“. Die Bundesmitglieder treffen sich zur Wahlhilfeleistung am 20. Februar Sonntag, 7. von früh 8 Uhr ab. Jeweils bester Wahlarbeit ist es Pflicht, daß sämtliche Parteifunktionäre ihre Hilfeleistung nur von dort beziehen. Telefon: Amt Noth 4472. B. Heinrich.

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Rankwitz, Pichlerfelde). Am Sonnabend, den 19. Februar, abends 6 Uhr, im Rathaus, Steglitz: **Wahlversammlung der kommunalen Kommissionen des Bezirks**, sowie sämtlicher Bezirksverordneten und Vertreter der Elternbeiräte.

Das Finnische Handelsbureau, das bisher bei der Gesandtschaft bestand, ist aufgelöst worden. Sämtliche Handels- und Konsular-Angelegenheiten werden jetzt in der Finnischen Gesandtschaft bearbeitet.

Wahlveranstaltungen

Siebenter Distrikt. In einer gut besuchten Wählerversammlung, in der viele Frauen anwesend waren, die man sonst nicht zu sehen bekam, in der Schulaula Koppenstr. 34, sprach am Mittwoch, den 16. Februar, Genosse Ritter über die Breitenwahl und die Parteien. In seinem 1 1/2 stündigen Referat rechnete Genosse Ritter mit den bürgerlichen Parteien und den Sozialisten und Kommunisten gründlich ab. In der Diskussion versuchte ein Herr Schönborn von der Kommunistischen Arbeiterpartei der Versammlung seinen Standpunkt der Wahlenthaltung klarzulegen, er wurde aber von der Versammlung ausgelacht. In seinem Schlußwort stellte Genosse Ritter diesen Anlauf in das richtige Licht und forderte die Versammlung auf, am 20. Februar geschlossen ihre Stimme für die U. S. D. abzugeben. Mit einem Hoch auf die U. S. D., in das alle begeistert einstimmten, wurde die Versammlung geschlossen.

Zu der Wählerversammlung in den Pharuszellen, über die wir am 2. Februar berichteten, ersucht uns der in der Versammlung aufgetretene Redner Christians mitzuteilen, daß er Mitglied des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sei und daß die über ihn gemachten Mitteilungen, er habe vor dem Kriegs Sammelstellen unterschlagen, nicht den Tatsachen entsprechen. Hierzu sei bemerkt, daß Herr Christians in der Versammlung selber mit keinem Worte sich gegen die gegen ihn vorgetragenen Anschuldigungen verwehrt hat. Er hatte Gelegenheit, an Ort und Stelle die Angaben richtig zu stellen. Wenn er schweigt, so hat er sich alles weitere selber zuschreiben.

Gewerkschaftliches

Betriebsrätewahlen im Metallarbeiterverband

Unter äußerst reger Anteilnahme von Seiten der in Frage kommenden Betriebe in der Metallindustrie gingen die Delegiertenwahlen vor sich. Wiejen doch einzelne Versammlungen einen Besuch auf, wie er noch nie dagewesen ist ihrem Bestehen. Eine Ausnahme bildet nur die Untergruppe III, die nur von 42 Betrieben besucht war. In Frage kommen etwa 300 Betriebsräte. Es wurde gewählt nach dem Verhältnisystem, und die Listen wurden nach der politischen Richtung aufgestellt. Es entsaßen Delegierte:

Gruppe	I (Werkzeugmaschinen)	II (Maschinenbau)	III (Autobau)	IV (Feinmechanik)	V (Elektroindustrie)	VI (Eisenkonstrukt., Schlosserei)	VII (Rohmetallverarbeitung)	IX (Klein- u. Baugewerbe)	Liste I		
									(U.S.P.)	(K.P.)	(S.P.)
	4	1	1	1	1	1	1	1	37	24	15

Von den Gruppenräten erhielt die Liste I 8 Mandate, Liste II 1 Mandat, Liste III ging leer aus.

Die Besetzung des Streiks der Angestellten in den Geldschrankfabriken und Schlossereien

Durch Vergleich am Montag, den 14. d. Mts., vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin wurde folgender, von beiden Parteien unterzeichneter Beschluß gefaßt: „Die Angestellten der Geldschrankfabriken erhalten eine 25 prozentige und die Angestellten der Schlossereien eine 20 prozentige Gehaltserhöhung. Die Arbeitszeit bleibt die bisherige.“ Außerdem wurde durch besondere Verhandlungen mit den Arbeitgebern der einzelnen Geldschrankfabriken noch vereinbart, daß

Kaiser's Kaffee-Geschäft

Billigste und beste Bezugsquelle für: Ueber 1000 Filialen

Kaiser's Schokolade wieder billiger,
die Tafel zu M. 3.40, 4.50, 5.20 und 5.50.

Kaffee, Tee, Kakao, Pralinen, Bonbons, Konfekt, Keks, Margarine, Reis, Pflaumen, Backobst, Rosinen, Haferflocken, Halsenfrüchte, Gemüse-Konserven billig und gut.

Filialen in Gross-Berlin:

- Berlin N**
Badstr. 18
Brunnenstr. 76
Chausseestr. 33
Kastanien-Allee 36a
Müllerstr. 166
Reinickendorfer Str. 18
Schönhauser Allee 110
Troskowerstr. 18
- Berlin NW**
Alt-Moabit 112
Beusselstr. 29
Louisenstr. 43/44
Stephanstr. 42
Turmstr. 47a
Wiltschacker Str. 30
- Berlin SW**
Bergmannstr. 98
- Berlin W**
Culmstr. 1
Genthiner Str. 26
Gleditschstr. 45
Lützowstr. 33
- Berlin S**
Gräfestr. 25
- Berlin SO**
Neanderstr. 37
Oranienstr. 1
Reichenberger Str. 123
Wrangelstr. 23
- Berlin O**
Coburne Str. 51
Grüner Weg 40
Kopernikusstr. 18
Krausstr. 48b
Petersburger Str. 81
Stralauer Allee 251
- Bln. NO**
Greifswald-Str. 1
Landsberger Allee 29
- Berlin C**
Alte Schönhäuser Str. 30
- Charlottenburg**
Berliner Str. 115
Dünkelbeckenstr. 58
Grosmanstr. 14
Holtzendorferstr. 4
Kaiser-Friedrich-Str. 55
Kleiststr. 19
Knotheladorferstr. 3
Sauerstr. 15
Tauröggerer Str. 12
Uhlendorferstr. 32
Wilmersdorfer Str. 71
Wilmersdorfer Str. 126
Wilmersdorfer Str. 148
- Adlershof**
Bismarckstr. 25
- Britz**
Chausseestr. 47
- Friedrichsfelde**
Berliner Str. 40
- Hohenschönhausen**
Berliner Str. 113
- Lichtenberg**
Boxhagener Str. 68
Frankfurter Allee 60
Frankfurter Allee 101
Frankfurter Allee 224
Wilhelmstr. 10
- Mariendorf**
Chausseestr. 34
- Neukölln**
Bergstr. 140
Hermannstr. 40
Hermannstr. 119
Kaiser-Friedrich-Str. 242
- Nowawes**
Friedrichstr. 20
- Oberschöneweide**
Edisonstr. 58
Wilhelmshofstr. 41
- Pankow**
Schöneweider Str. 1
- Potsdam**
Brandenburger Str. 20
Nauenstr. 38
- Reinickendorf-Ost**
Reichenstr. 107
- Rosenthal**
Hauptstr. 10
- Schmargendorf**
Breite Str. 22a
- Schöneberg**
Coburne Str. 66
Tempelhofer Str. 21
- Spandau**
Breite Str. 49
Flambergstr. 35
Lagerstr. 1
Neuendorfer Str. 5a
Potsdamer Str. 1a
Schönwalder Str. 87
- Steglitz**
Königsstr. 42
Schloßstr. 85
- Südost**
Steglitzer Str. 23
- Tegel**
Berliner Str. 9
- Tramm**
Eisenbahnstr. 197a
- Wilmersdorf**
Berliner Allee 242
- Wilmersdorf**
Berliner Str. 151
Nürnbergstr. 33/34
Oliver Platz 2
Wendstr. 28

Die bisher von einem großen Teil der Angestellten über die bisherigen Tarifverträge hinaus bezogenen Sonderzulagen auch weiterhin beibehalten werden. — Wir machen jedoch nochmals darauf aufmerksam, daß der Ausschlag von 25 Prozent nur auf das Grundgehalt in Frage kommt. — Die Arbeit wurde wieder in allen Betrieben aufgenommen. — „Ira-Bund“, Ortskartell Groß-Berlin.

Einigung zwischen IFA-Bund und Werkmeister-Verband

Am 14. Februar 1921 tagte in Berlin in den Räumen des Zentralverbandes der Angestellten die Reichsvereinerung des IFA-Bundes. Alle angeschlossenen Verbände waren vertreten.

Den Hauptberatungsgegenstand bildete der Bericht über die Verhandlungen zwischen dem IFA-Bund und dem Deutschen Werkmeister-Verband, den Kollege Süß erstattete. Das Ergebnis um die Einheit der Arbeitnehmerbewegung Deutschlands hatte der 2. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Adolf Cohen, — unter Zustimmung des A. D. G. B. — seine Vermittlung angeboten.

Dah in der vorwärtsstrebenden freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung Deutschlands sich nach ihrem kurzen Bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Wege, die zum Ziele führen, einstellen mußten, ist nur zu verständlich, wenn die Struktur der Angestelltenbewegung vor dem Kriege berücksichtigt wird. Es ist außerordentlich ersichtlich, festzustellen, daß einmütige Auffassung darüber bestand, daß an dem Gedanken der freigewerkschaftlichen Idee auch die Kollegen gewillt sind unter allen Umständen festzuhalten, die sich aus nichtvermeidlichen Erwägungen der letzten Zeit abwärts stellen. Ohne jede Diskussion wurde eine Einigung angenommen, die sich für die parteipolitische Neutralität ausspricht, d. h. wird die IFA sich trotz grundsätzlicher Stellung zur Zentralarbeitsgemeinschaft beizugeben. Die Werkmeister werden hingegen für die Gemeinschaft eintreten, bis gleichwertiger Gehalt geschaffen ist. Uebereinstimmung besteht über den internationalen Zusammenschluß, um die freigewerkschaftlichen Ziele zu erreichen, d. h. die Sozialisierung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln einzusetzen werden.

Diese Reichsvereinerung des IFA-Bundes dürfte als die wichtigste seit seinem Bestehen anzusprechen sein. Der Austrag der existierenden Differenzen hat bewiesen, daß die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung Deutschlands — so jung sie noch ist — doch bereits zu tiefen Wurzeln gelangt hat, daß ein dauernder Bestand und Aufstieg gewährleistet ist. Das Unternehmertum, das bereits den Zerfall der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung und damit des IFA-Bundes frohlockend in seinen Presseorganen behandelte, ist arg enttäuscht worden. Die bürgerlichen Harmonisierungsverbände und ihre Spitzenorganisationen, die da glaubten, aus den Auseinandersetzungen im IFA-Bund für sich Nutzen ziehen zu können, müssen ihre Hoffnung auf Zuwachs wieder begraben. Eintretet und geschlossen denn je steht der IFA-Bund und damit die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung Deutschlands nunmehr da und wird — genau wie bisher — kraftvoll den gesteckten Zielen zustreben.

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission

Eine Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission am 4. Februar, abends 6 Uhr, nahm nach Begründung durch Kollegen Bauer nachstehende Resolution einstimmig an:

„Die Gewerkschaftskommission erklart in der Verfügung des Reichsminister vom 13. Januar 1921, wonach die Angehörigen der Krankenkassen unter die Bestimmungen des Sperrgesetzes gebracht werden sollen, einen ungeheuren Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kassenorgane, insbesondere der Versicherten, der vor allem dem Artikel 159 der Reichsverfassung widerspricht.“

Sie erwartet die umgehende Aufhebung dieser Verfügung, fordert des weiteren die Kassenstände Groß-Berlins auf, sich gegen die in dieser Angelegenheit an sie ergangenen Anweisungen des Oberversicherungsamtes zur Wehr zu setzen, und ist bereit und gewillt, die Kassenorgane und Angestellten bei ihrem Kampf um Beseitigung dieser Verfügung voll mit allen ihr zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln zu unterstützen.“

Ferner beschloß sie die Plenarversammlung mit dem Charakter der Gewerkschaftskommission, das nach den Vorschlägen der eingeleiteten Kommission, mit kleinen Änderungen, mit allen gegen vier Stimmen angenommen wurde. Der Kartellvertrag zwischen Gewerkschaftskommission und IFA-Bund wurde einstimmig angenommen.

Danach wies sie die Kommission und den Kuratorien der Arbeiternachweise gemachten Abänderungsvorschläge an. Diefem wurde zugestimmt, und sollen nunmehr die Vorschläge an die einzelnen Praxistexten sowie an die Regierung weitergeleitet werden.

Zum Schluß machte Köhlerhaus auf die Abänderung der Kohlenverordnung aufmerksam, ebenso auf die in der Betriebs-

abteilung-Konferenz angenommene Resolution. Er führte aus, daß über den einschlagenden Weg, zur Durchführung dieser Resolution, mit den zentralen Körperschaften ein Einvernehmen erzielt sei und wahrscheinlich in nicht allzulanger Zeit die Öffentlichkeit weiteres darüber erfahren werde.

Generalversammlung des Bäcker- und Konditorverbandes

Die am Sonntag stattgefundene Tagung beendete nicht ihre Aufgaben. Der Stand der Mitgliederzahl ergab eine Festigung und Ausdehnung der Organisation im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Die Kommunisten geseien sich in ihrer üblichen „Produktion“ Art, so daß das Hauptvorsitzende Mitglied Hejzold den Kommunisten, welche in der Debatte gegen den Hauptverband polemisiert hatten, den Vorwurf machte, daß sie Demagogie und bewusste Fälschung zum Zwecke der Sprengung der Gewerkschaften trieben, was die bekannte „Entzweiung“ der Kommunisten zur Auslösung brachte. Beachtenswert war bei dieser Gelegenheit, daß durch Zwischenruf ein Kommunist erklärte, daß sie allerdings bewußt auf die Spaltung der U. G. P. hingewirkt hätten. Das ist wieder ein klassischer Beweis für die zerstörenden Moskauer Methoden.

Am 6. März findet im Kriegereisenhaus in der Chausseestraße die Fortsetzung der Versammlung statt, auf die schon heute aufmerksam gemacht und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß unsere Genossen vollständig auf dem Posten sind.

Deutscher Portier-Verband

In einer äußerst stark besuchten Branchenversammlung der in Fabriken, Industrie- und Geschäftshäusern tätigen Portiers, Heizer und Fahrstuhlführer, nahm die Branche Stellung zu dem Entwurf der Reichsregierung betreffend das „Arbeitszeitgesetz“.

Nach eingehender Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, am 14. Februar 1921, im „Englischen Hof“ tagende Branchenversammlung erhebt gegen den Entwurf des Reichsministeriums betreffend „Arbeitszeitgesetz“ allerhöchsten Protest.“

„Andere Berufsgruppen ist in geradezu riesenmäßiger Weise in diesem Entwurf bedacht. Wir fordern, der Gewerbeordnung unterstellt zu werden. Weiter verlangen wir, genau wie alle anderen gewerblichen Arbeiter, die achtstündige Arbeitszeit, wie dies bei den internationalen Beratungen in „Washington“ festgelegt ist.“

Wir wollen nicht weiter als Paris behandelt werden und lehnen jede Arbeitsbereitschaft über den Achtstundentag mit aller Entschiedenheit ab.“

Nachdem der Branchenleiter und mehrere Diskussionsredner noch auf die Wichtigkeit der Wahl sozialistischer Kandidaten am 20. Februar hingewiesen hatten, wurde die impotente Versammlung geschlossen. Hoffentlich wird diese politische Begründung seitens der Portiers befolgt.

Eisenbahner. Zu den internen Vorgängen anlässlich der Wahl zur Ortsverwaltung ist folgendes nachzutragen: Der Kollege Scheffel hat aus folgenden Gründen die Befähigung der neugewählten Ortsverwaltung verlangen müssen: es haben an den Wahlen und an der Wahl Kollegen teilgenommen, gegen die ein Ausschlussverfahren Schweigt und deren Rechte und Pflichten ruhen. Die Liste der U. G. P. selbst ist nicht zu befechtigen, da ebenfalls gegen einen Kandidaten das Ausschlußverfahren Schweigt.

Deutscher Bauarbeiterverband. Achtung! Puffer! In der Donnerstag-Morgenausgabe der „Roten Fahne“ ist unter der Rubrik „Kleine gewerkschaftliche Nachrichten“ folgende Notiz enthalten: Deutscher Bauarbeiterverband Sektion der Puffer, Sitzung der Mitglieder der U. G. P. D. abends 7 Uhr im Zimmer 11, Mühlstr. 21, 3 Treppen. — Die Anzeige erweist den Anschein, als ob der Deutsche Bauarbeiterverband, Sektion der Puffer, der Einberufer dieser Sitzung wäre. Wir geben hierdurch den Mitgliedern bekannt, daß wir diese Sitzung nicht einberufen haben. Unsere Mitgliederversammlung findet am 22. Februar 1921, abends 7 Uhr, Alexanderstr. 27 a statt, in der unsere Sektionsangelegenheiten erledigt werden.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die am Mittwoch, den 16. Februar, im Gewerkschaftshaus tagende Jahres-Branchenversammlung der Buchbinderbranche beschloß Vertagung. Es wurde der Branchenleitung durch einen angenommenen Antrag aufgegeben, eine neue Branchenversammlung einzuberufen, zu welcher eine Kontrolle geübt werden soll über die Zugehörigkeit zur Buchbinderbranche. Die Branchenleitung hat zu diesem Zweck Ausweiserteile in die Betriebe verhandelt, welche ausgefüllt und vom Vertrauensmann des betreffenden Betriebes unterschrieben als Legitimation zum Einlass und gleichzeitig als Wahl-

Legitimation gelten. Nur gegen Abgabe des ausgefüllten Zettels kann gewährt werden. Diejenigen Betriebe, die am Sonnabend noch nicht im Besitz dieser Ausweiserteile sind, haben dieselben am Sonnabend, den 19. Februar 1921, vom Bureau abzuholen. Die Einzelmitglieder erhalten ebenfalls dort ihre Ausweiserteile nach vorheriger Erfüllung ihrer Branchenzugehörigkeit. Die Branchenversammlung findet Montag, den 21. Februar 1921, nachmittags 5 Uhr, im großen Saal von Benedix, Pakenhofer (früher Postbräuer), Friedenstr. 2/3, statt. Es ist Pflicht jedes einzelnen, zu dieser überaus wichtigen Versammlung zu erscheinen!

Achtung! Lagenpapier- und Kartonbranche! Streikunterstützung an die Kollegen dieser Branchen wird nur bis Sonnabend, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, ausgezahlt. Nachzügler, die bis dahin ihre Unterstützung nicht abgeholt haben, gehen ihrer Rechte verlustig.

Zentralverband. Zur heute stattfindenden Versammlung in Havelands Festhallen siehe Vereins-Kalender zur näheren Orientierung.

Aus den Organisationen

Freitag, 18. Februar

Öfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 19. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 20. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 21. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 22. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 23. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 24. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 25. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 26. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 27. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 28. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 29. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 30. Februar

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 1. März

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 2. März

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Sonnabend, 3. März

Zweiter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Dritter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Vierter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.

Fünfter Mittell. Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Genossen, die sich zur Demonstration gemeldet haben und noch werden wollen, bei Lohse, Schlegelstr. 9.